

Berlin-Brandenburg-BUS

1990 - 2004

Richard Stöss

**Mitgliederschwund der Gewerkschaften
in Berlin (und Brandenburg):**

Zielgruppen für eine Mitgliederkampagne

1. Version: März 2005
2. Version: August 2008

Freie Universität Berlin, Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften
Otto-Stammer-Zentrum (Arbeitsstelle für Empirische Politische Soziologie)
Innestr. 26, 14195 Berlin
Tel. (030) 838-54959, Fax (030) 838-54960
Internet: <http://www.polwiss.fu-berlin.de/osz/index.htm>

Inhalt

Angaben zum Berlin-Brandenburg-BUS	3
Hinweise zur Interpretation der Daten	4
1. Problemstellung.....	5
2. Untersuchungskonzept.....	7
3. Mitgliederstatistik und Umfrageergebnisse: Soziale Zusammensetzung der Gewerkschaftsmitglieder und Organisationsgrad der Erwerbsgruppen	10
4. Veränderungen in der Zusammensetzung der Gewerkschaftsmitglieder	14
5. Veränderungen im gewerkschaftlichen Organisationsgrad	15
6. Zwischenfazit 1.....	20
7. Veränderungen in der instrumentellen Bewertung der Gewerkschaften	21
8. Veränderungen in der moralischen Bewertung der Gewerkschaften	24
9. Zwischenfazit 2.....	30
10. Merkmale der Gewerkschaftssympathisanten.....	32
a) Veränderungen in den Gruppengrößen	33
b) Sozialstruktur	34
c) Einstellungen zur Gesellschaftsordnung	35
d) Einstellungen zum politischen System und zur Demokratie	36
e) Antidemokratische Einstellungen	37
11. Zwischenfazit 3.....	38
12. Schlussfolgerungen.....	39
Tabellen	42

Angaben zum Berlin-Brandenburg-BUS

Projektleiter: Prof. Dr. Oskar Niedermayer, Prof. Dr. Richard Stöss (beide seit 1995)
Finanzierung: Deutsche Paul Lazarsfeld-Gesellschaft (seit 1995)
Datenerhebung: Gesellschaft für Sozialforschung und statistische Analysen (forsa)
(CATI-Telefonbefragung) (seit 1995)

Umfrage 1990:

Befragungszeitraum: West 23.4.-13.8.1990, Ost 10.4.-4.5.1990; Stichprobe: Repräsentative Stichprobe der wahlberechtigten Bevölkerung jeweils in Berlin-West (N=1378) und in Berlin-Ost (N=868); Datenerhebung: Intersofia; Face to Face; Random Walk; Finanzierung: DFG; Projektleiter: Hans-Dieter Klingemann, Lutz Erbring, Nils Diederich.

Umfrage 1995:

Befragungszeitraum: 12.-21.10.1995; Stichprobe: Repräsentative Stichprobe der wahlberechtigten Berliner Bevölkerung. Befragte insgesamt 2018 (West: 1226; Ost: 792).

Umfrage 1997:

Befragungszeitraum: Erste Märzhälfte 1997; Stichprobe: Repräsentative Stichprobe der wahlberechtigten Berliner Bevölkerung. Befragte insgesamt 993 (West: 689; Ost: 304).

Umfrage 2000:

Befragungszeitraum: Mai/Juni 2000; Stichprobe: Disproportionale Stichprobe der Bevölkerung ab 14 Jahren in der Region Berlin-Brandenburg: Je ein Viertel der Befragten leben in Berlin-Ost, in Berlin-West, im engeren Verflechtungsraum und im äußeren Entwicklungsraum Brandenburgs. Befragte insgesamt: 1992 (darunter 1850 Wahlberechtigte).

Umfrage 2002:

Befragungszeitraum: 19.3.-3.5.2002; Stichprobe: Disproportionale Stichprobe der deutschen Bevölkerung ab 14 Jahren in der Region Berlin-Brandenburg: Je ein Viertel der Befragten leben in Berlin-Ost, in Berlin-West, im engeren Verflechtungsraum und im äußeren Entwicklungsraum Brandenburgs. Befragte insgesamt: 1995 (darunter 1906 Wahlberechtigte).

Umfrage 2004:

Befragungszeitraum: 14.10.-5.11.2004; Stichprobe: Disproportionale Stichprobe der deutschen Bevölkerung ab 14 Jahren in der Region Berlin-Brandenburg: Je ein Viertel der Befragten leben in Berlin-Ost, in Berlin-West, im engeren Verflechtungsraum und im äußeren Entwicklungsraum Brandenburgs. Befragte insgesamt: 1997 (darunter 1894 Wahlberechtigte).

Hinweise zur Interpretation der Daten

- 1) Die Angaben in diesem Papier beziehen sich (mit Ausnahme von Tabelle 1) auf die **wahlberechtigte Bevölkerung**. Dies gilt selbstverständlich auch für Gewerkschaftsmitglieder. In den Umfragen sind also nicht alle Gewerkschaftsmitglieder, sondern nur die wahlberechtigten enthalten. Es fehlen mithin Personen unter 18 Jahren sowie Personen ohne deutsche Staatsbürgerschaft. Dabei handelt es sich allerdings um sehr kleine Gruppen.
- 2) **Gewerkschaftsmitglieder** sind die Befragten, die angeben, einer Gewerkschaft anzugehören. Dazu gehören Mitglieder des DGB, des DBB und des CGB. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass sich auch einige Befragte als Gewerkschaftsmitglieder ausgewiesen haben, die Berufsverbänden angehören (z.B. ULA).
- 3) Prozentangaben über die **Zusammensetzung der Gewerkschaftsmitglieder** nach sozialstrukturellen Merkmalen oder nach politischen Orientierungen beziehen sich auf alle Mitglieder, also auch auf Arbeitslose und auf Nichterwerbspersonen.
- 4) **Fehlende Werte** werden bei den Analysen grundsätzlich ausgeschlossen.

EVR = Engerer Verflechtungsraum (Berlin-naher Teil Brandenburgs).

ÄER = Äußerer Entwicklungsraum (Berlin-ferne Gebiete Brandenburgs).

* Keine Angabe möglich bzw. vorhanden.

+ Geringe Fallzahlen.

1. Problemstellung

Auf seiner Neujahrspressekonferenz erklärte der DGB-Vorsitzende Sommer die dramatischen Mitgliederverluste der deutschen Gewerkschaften unter anderem damit, dass "die Menschen in Krisenzeiten nicht den Schutz der Gewerkschaften suchen". Er benannte folgende Gruppen, die sich besonders von den Gewerkschaften abwendeten: ältere Arbeitnehmer, Rentner und Arbeitslose. Sommer kündigte eine Kampagne des DGB und seiner Einzelgewerkschaften zur Herbeiführung einer Trendwende in der Mitgliederentwicklung an. Im Zentrum dieser Kampagne sollen die Verbesserung des Beratungsangebots und zusätzliche Serviceleistungen stehen¹.

Für den anhaltenden Mitgliederschwund bei den Gewerkschaften gibt es viele Erklärungen. Als zentrale Faktoren gelten der sozio-ökonomische Wandel moderner Industriegesellschaften und - damit zusammenhängend - der Machtverlust der Gewerkschaften. Darüber hinaus werden aber auch Unzulänglichkeiten der Gewerkschaften selbst genannt:

- Mit zunehmender Differenzierung, Tertiarisierung, Individualisierung, Flexibilisierung und Mediatisierung der Gesellschaft sinke der Bedarf an Normen und Werten vermittelnden Kollektivorganisationen.
- Gewerkschaften hätten sich von Kampfverbänden, Solidar- und Wertegemeinschaften zu Dienstleistungseinrichtungen gewandelt, die heute an der Effizienz ihrer Leistungen gemessen und nicht mehr danach beurteilt würden, inwieweit sie als kapitalismuskritische Gegenmacht wirkten.
- Unter dem Druck von Massenarbeitslosigkeit und Standortkonkurrenz seien die, angesichts des neoliberalen Zeitgeists in die Defensive geratenen, Gewerkschaften kaum noch in der Lage, Verbesserungen der Arbeits- und Lebensbedingungen gegen die Interessen des Kapitals durchzusetzen. Die Verringerung der Regelungsdichte und der Tarifbindung und die Zunahme von Dezentralisierung und Verbetrieblichung der Inte-

1 "Gewerkschaften jetzt wieder ganz lieb zur SPD", in: TAZ v. 27.1.2005; "DGB leidet an Schwindsucht", in: Berliner Zeitung v. 27.1.2005. Vgl. auch Michael Sommer: Statement zur Neujahrspressekonferenz am 26. Januar 2005 "Die Trendwende schaffen - Europa gestalten", Internetversion.

ressenvertretung hätten zu einer Erosion der Verhandlungsmacht der Gewerkschaften geführt².

- Den Gewerkschaften fehle ein überzeugendes Konzept, um ihrer drohenden Marginalisierung entgegenzuwirken. Vor allem gelinge es ihnen nicht, die Bedeutung der Gewerkschaften für die sozial gerechte Gestaltung moderner Industriegesellschaften effizient zu kommunizieren und dabei zu verdeutlichen, dass ihre Verhandlungsmacht auch von ihrer Organisationskapazität abhängt.

Die Gewerkschaften sind sich dieser Probleme durchaus bewusst und diskutieren emsig über geeignete Maßnahmen zur Abwendung der drohenden Strukturkrise. Gleichzeitig bemühen sich die Einzelgewerkschaften mit teilweise beeindruckenden Einzelergebnissen³, die Mitgliedersituation in ihrem Organisationsbereich zu verbessern. In beiden Fällen wird immer wieder das Bedürfnis geäußert, mehr Informationen über die Gruppen zu erhalten, die den Gewerkschaften den Rücken kehren oder die für eine Neumitgliederkampagne in Frage kommen.

Die vorliegende Untersuchung versteht sich als **Beitrag zur Zielgruppenanalyse**. Wir sind zwar nicht in der Lage, diese Informationslücke vollständig zu schließen. Die zur Verfügung stehenden Repräsentativerhebungen des "Berlin-Brandenburg-BUS"⁴ erlauben es jedoch, einigen Aspekten auf der Basis von Umfragedaten für Berlin (und teilweise auch für Brandenburg) nachzugehen. Dabei handelt es sich hauptsächlich um folgende Fragen:

- Welche Mitgliedergruppen haben sich von den Gewerkschaften abgewandt?
- Beruht der Mitgliederrückgang auf der Leistungsschwäche der Gewerkschaften?
- Wie verändert sich die Mitgliederstruktur in Folge der Abwanderungen?

2 Ausführlich und mit weiteren Nachweisen Bernhard Ebbinghaus: Die Mitgliederentwicklung deutscher Gewerkschaften im historischen und internationalen Vergleich, in: Wolfgang Schroeder/Bernhard Weißels (Hrsg.), Die Gewerkschaften in Politik und Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland. Ein Handbuch, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag 2003, S. 174-203. Vgl. auch Oskar Negt: Wozu noch Gewerkschaften?, Göttingen: Steidl 2004; Klaus Schmierl: Hybridisierung der industriellen Beziehungen in der Bundesrepublik - Übergangsphänomen oder neuer Regulationsmodus?, in: Soziale Welt, 52. Jg. (2001), H. 4, S. 427-448; Jörg Bogumil/Josef Schmid: Politik in Organisationen. Organisationstheoretische Ansätze und praxisbezogene Anwendungsbeispiele, Opladen: Leske + Budrich 2001.

3 Vg. dazu die Beiträge in der Zeitschrift "Mitbestimmung", H. 1-2/2005.

4 BUS = Bevölkerungsumfrage für die Sozialwissenschaften.

- Bei welchen Mitgliedergruppen handelt es sich um potenzielle Abwanderer?
- Welche Bevölkerungsgruppen kommen als Adressaten für eine Mitgliederkampagne in Betracht?

Da es sich beim Berlin-Brandenburg-BUS nicht um einen speziell auf die Gewerkschaften ausgerichteten Survey handelt, können diese Fragen nicht in der wünschenswerten Tiefenschärfe beantwortet werden. Aber die Untersuchungsergebnisse könnten einen kleinen Beitrag zur Herbeiführung der beabsichtigten Trendwende leisten.

2. Untersuchungskonzept

Der Mitgliederschwund bei den Gewerkschaften bedeutet, dass wesentlich mehr Mitglieder ausgeschieden sind als neu gewonnen werden konnten. Geht man zunächst einmal ganz allgemein davon aus, dass das an der Unzufriedenheit mit den Gewerkschaften liegt, dann müssen die Ursachen für diese Unzufriedenheit sowohl bei den Gewerkschaftsmitgliedern als auch bei den Nicht-Mitgliedern gesucht werden. **Adressaten einer Mitgliederkampagne wären mithin Mitglieder und Nicht-Mitglieder.**

Gewerkschaften sind intermediäre Institutionen, deren primäre Funktion in der Interessenvertretung der abhängig Beschäftigten besteht. Die (Un-) Zufriedenheit mit den Gewerkschaften dürfte vor allem davon abhängen, wie sie von ihren Mitgliedern und von den Nicht-Mitgliedern beurteilt werden. Bei der Untersuchung der Orientierungen gegenüber intermediären Institutionen greift die empirische Sozialforschung zumeist auf das Konzept von David Easton⁵ zurück.

Easton unterscheidet zwischen der *spezifischen Unterstützung* eines Systems, die sich nach der Zufriedenheit mit dem Output, mit den konkreten Leistungen des Systems, bemessen, und der *diffusen Unterstützung* eines Systems, die um seiner selbst willen erfolgt und in der eine tief sitzende Bindung an das, wofür das System steht, zum Ausdruck gelangt. Diffuse Unterstützung liegt vor, wenn das System den eigenen moralischen Werten

5 David Easton: A System Analysis of Political Life, New York usw.: John Wiley 1965.

und Normen entspricht und/oder wenn grundlegendes bzw. dauerhaftes Vertrauen in die Handlungs- und Problemlösungsfähigkeit des Systems besteht⁶.

In der Einstellungsforschung werden intermediäre Institutionen in Anlehnung an Easton zumeist nach ihrer **Leistung** und nach ihrer **Qualität** bewertet⁷. Ihre Evaluierung erfolgt also nach **instrumentellen** und **moralischen** Gesichtspunkten. Da Gewerkschaften als intermediäre Institutionen vor allem der Interessenvermittlung dienen, lässt sich ihr Output danach bestimmen, wie sie die ihnen obliegenden Interessen vertreten, ob dies zur Zufriedenheit der Mitglieder bzw. der Bevölkerung geschieht. Wir sprechen in diesem Zusammenhang von **Interessenvertretenheit**.

Bei der Qualität der Gewerkschaften geht es nicht um alltägliche Effizienz, sondern um eine sehr grundsätzliche affektive Gesamtbewertung: Sind die Gewerkschaften insgesamt so, wie sie sein sollen? Als Indikator dafür wird zumeist das **generalisierte Vertrauen** herangezogen. Wenn die Gewerkschaften so sind, wie sie sein sollen, wird ihnen Vertrauen entgegen gebracht. Während sich die instrumentelle Beurteilung der Gewerkschaften nach ihrem konkreten Output richtet, bedeutet Vertrauen letztlich eine auf Erfahrung beruhende Vorleistung, die gewichtiger und dauerhafter ist als zeit- und situationsbedingte Schwankungen in der Leistung von Gewerkschaften:

*"Das Gewähren von Vertrauen ist eine Vorleistung, die einem Akteur eine gewisse Handlungsfreiheit sichert, um Leistungen zu erbringen. Vertrauen beruht auf der Einschätzung, dass der Akteur (in der Zukunft) Ergebnisse erzielen wird, die von den Vertrauen Schenkenden akzeptiert werden können. In diesem Sinne ist Vertrauen ein Puffer gegenüber temporären Outputschwankungen. Instrumentelle Orientierungen ... sind zeitlich im Gegensatz zum Vertrauen nicht auf die Zukunft gerichtet, sondern auf die Beurteilung der aktuellen Situation. Sie sind damit sehr viel spezifischer als moralische Orientierungen."*⁸

6 Vgl. Dieter Fuchs: Die Unterstützung des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland, Opladen: Westdeutscher Verlag 1989, S. 12 ff.

7 Vgl. dazu z.B. Bernhard Weißels: Einstellungen zu Institutionen der Interessenvermittlung, in: Oscar W. Gabriel (Hrsg.), Politische Orientierungen und Verhaltensweisen im vereinigten Deutschland, Opladen: Leske + Budrich 1997, S. 189-210. Siehe auch Dieter Walz/Wolfram Brunner: Das politische Institutionenvertrauen in den 90er Jahren, in: Jürgen Falter/Oscar W. Gabriel/Hans Rattinger (Hrsg.), Wirklich ein Volk? Die politischen Orientierungen von Ost- und Westdeutschen im Vergleich, Opladen: Leske + Budrich 2000, S. 175-208.

8 Weißels (Anm.7), S. 193.

Vertrauen in Gewerkschaften wird mit folgender Frage gemessen:

"Unabhängig davon, ob Sie Mitglied in einer Gewerkschaft sind oder nicht, würde ich nun gerne wissen, ob Sie den Gewerkschaften vertrauen."⁹

Interessenvertreteneheit durch Gewerkschaften wird mit folgender Frage gemessen:

"Sagen Sie mir nun bitte, ob die Gewerkschaften Ihre Interessen vertreten oder ob sie Ihren Interessen entgegen stehen."¹⁰

Im Folgenden werden instrumentelle und moralische Bewertungen der Gewerkschaften durch Mitglieder und Nicht-Mitglieder in **Berlin** untersucht. Dabei konzentrieren wir uns auf Veränderungen zwischen 1995 und 2004, also auf die vergangene Dekade. Gelegentlich werden wir aber auch bis 1990 zurückblicken. Gruppenvergleiche erfolgen primär entlang der Kategorien Geschlecht, Alter, Bildung, Erwerbsstatus und ideologische Selbstidentifikation¹¹. Am Rande beziehen wir in die Betrachtung auch die aktuelle Situation in **Brandenburg** mit ein. Dies ist allerdings nur für 2002 und 2004 möglich. Da in einigen der zugrunde liegenden Datensätze nur Wahlberechtigte befragt wurden, beziehen sich alle mitgeteilten Umfrageergebnisse (bis auf die in Tabelle 1) auf diese Gruppe.

Da sich die Gewerkschaften schwer tun, neue Mitglieder zu gewinnen, muss angenommen werden, dass es um ihre Beurteilung seitens der **Unorganisierten** nicht zum Besten steht, dass sich deren Urteil im Laufe der letzten zehn Jahre womöglich sogar verschlechtert hat.

Bei den **Gewerkschaftsmitgliedern** liegen die Verhältnisse komplizierter. Geht man davon aus, dass die Unzufriedenen ausgeschieden und die Zufriedenen bei der Fahne geblieben sind, dann müsste sich die Bewertung der Gewerkschaften durch ihre Mitglieder im Zeitverlauf eigentlich verbessert haben. Dabei handelte es sich um den Optimalfall: Weitere massive Rückzugstendenzen wären nicht zu befürchten, und die Gewerkschaften

9 Die Antwortvorgaben lauten: Vertraue überhaupt nicht, vertraue eher nicht, vertraue teilweise, vertraue weitgehend, vertraue voll und ganz, weiß nicht, keine Antwort.

10 Die Antwortvorgaben lauten: Stehen Interessen vollständig entgegen, stehen Interessen teilweise entgegen, weder - noch, vertreten Interessen teilweise, vertreten Interessen vollständig, weiß nicht, keine Antwort.

11 Selbstverortung auf der Links-Rechts-Skala.

könnten sich mit ihrer Mitgliederkampagne ganz auf die Gewinnung neuer Mitglieder konzentrieren.

Wenn aber das Urteil der Mitglieder unverändert geblieben oder sogar kritischer geworden sein sollte, dann dürfte sich die Stimmung unter den (verbliebenen) Mitgliedern (weiter) verschlechtern haben, was auf anhaltende Abwanderungstendenzen hindeutet. Die Mitgliederkampagne müsste sich dann vor allem darauf konzentrieren, den Status quo zu stabilisieren.

Die nachfolgenden Analysen zielen daher vor allem darauf ab, die gewerkschaftstreuen bzw. gewerkschaftskritischen Mitgliedergruppen sowie die Nicht-Mitgliedergruppen zu identifizieren, die für eine Neumitgliederkampagne in Betracht zu ziehen sind ("Sympathisanten").

3. Mitgliederstatistik und Umfrageergebnisse:

Soziale Zusammensetzung der Gewerkschaftsmitglieder und Organisationsgrad der Erwerbsgruppen¹²

Die hier durchgeführten Analysen beruhen auf Umfragedaten. Umfragedaten unterscheiden sich erheblich von der gewerkschaftsoffiziellen Mitgliederstatistik. Beide folgen einer eigenen Erhebungslogik, und beide sind mit Mängeln behaftet.

So weist die DGB-Mitgliederstatistik für 2003 bei einer Gesamtmitgliederzahl von 7,4 Mio 4,2 Mio Arbeiter (57,3%), 2,3 Mio Angestellte (31,6%) und 0,5 Mio Beamte (6,9%) aus. Das ergibt zusammen 95,8 Prozent aller Mitglieder. In die fehlenden 4,2 Prozent (316.538 Mitglieder) müssten sich Arbeitslose, Selbständige, Rentner und sonstige Nichterwerbspersonen teilen. Dies ist schlechthin unmöglich.

¹² Grundlage ist die Erwerbsstatistik, die zunächst zwischen Erwerbspersonen und Nichterwerbspersonen (hier: Rentner und sonstige Nichterwerbspersonen) unterscheidet. Die Erwerbspersonen werden nach Erwerbstätigen und Erwerbslosen unterschieden, die Erwerbstätigen weiterhin nach Arbeitern, Angestellten, Beamten und Selbständigen. Bei Arbeitslosen handelt es sich um Erwerbslose, die bei einem Arbeitsamt gemeldet sind.

Das führt uns zu der Frage, woher der DGB Kenntnis über den Erwerbsstatus seiner Mitglieder zum Erhebungszeitpunkt hat. Entsprechende Informationen werden ihm zumeist nur beim Beitritt eines Mitglieds zuteil. Der Erwerbsstatus kann sich aber während der Mitgliedschaft mehrfach ändern: vom Arbeiter zum Angestellten, vom Angestellten zum Arbeitslosen, vom Arbeiter zum Rentner usw. Auf den problematischen Angaben der Gewerkschaften beruhen oft (Fehl-) Urteile über die Sozialstruktur der Gewerkschaftsmitglieder.

So heißt es im Gewerkschaftshandbuch von Schroeder und Weßels, dass Arbeiter *"bis heute die bestimmende Mitgliedergruppe"* innerhalb der DGB-Gewerkschaften seien. *"Noch heute"* (2000) seien *"über 60%"* der DGB-Mitglieder Arbeiter. Schlussfolgerung: *"Der Arbeiteranteil innerhalb des DGBs spiegelt noch heute im Westen den Arbeitsmarkt der 60er-Jahre wider, da die zunehmende Anzahl von Angestellten und Beamten entweder überhaupt nicht oder außerhalb des DGB organisiert ist."* Und über die Angestellten finden sich folgende Aussage: *"Angestellte sind weniger geneigt, sich gewerkschaftlich zu organisieren (...) Obwohl der DGB die meisten Angestellten organisiert, stellen diese wegen des relativ niedrigen Organisationsgrades nur eine Minderheit innerhalb des Dachverbands dar."*¹³

Umfragedaten beziehen sich nur auf einen repräsentativen Querschnitt der Gewerkschaftsmitglieder und sind mit einer (geringen) Fehlertoleranz behaftet. Bei den gängigen Fallzahlen ist es nicht möglich, Gewerkschaftsmitglieder nach einzelnen Organisationsbereichen zu unterscheiden. Aber sie geben die sozialstrukturelle Zusammensetzung der Mitgliederschaft realitätsgerechter wider als die offizielle Mitgliederstatistik. Umfragedaten liefern vor allem Informationen über den genauen Anteil der Arbeitslosen und der Nichterwerbspersonen, insbesondere der Rentner. Diese Gruppen dürfen keinesfalls aus der Berechnung ausgeklammert werden, weil ihr Mitgliederanteil bundesweit zusammen über 30 Prozent ausmacht.

Gewerkschaften neigen dazu, als Prozentuierungsbasis für ihre Statistiken die Erwerbspersonen oder sogar nur die Erwerbstätigen heranzuziehen. Dafür mag es früher gute Gründe geben haben. In modernen Dienstleistungsgesellschaften mit hoher Flexibilität der

13 Ebbinghaus (Anm. 2), S. 189, 191.

Menschen findet jedoch ein ständiges "cross over" zwischen dem Erwerbsleben und dem Nichterwerbsleben statt. Die "Inaktiven"¹⁴ von heute können die Aktiven von morgen sein. Außerdem können Rentner, Studierende, Hausfrauen bzw. -männer usw. durchaus gewerkschaftliche Funktionen übernehmen. Die "Kampfkraft" der Gewerkschaften hängt keineswegs nur von der Anzahl ihrer tatsächlich "werktätigen" Mitglieder ab.

Tabelle 1 (im Anhang¹⁵) weist bundesweit für alle Gewerkschaften zusammen (DGB, DBB und CGB) im Jahr 2003 einen Arbeiteranteil von 33 Prozent aus, weitere 26 Prozent der Mitglieder waren Angestellte, 6 Prozent Beamte, 2 Prozent Selbständige und 4 Prozent waren arbeitslos. Hinzu kamen 23 Prozent Rentner sowie 6 Prozent sonstige Nichterwerbspersonen (vor allem Hausfrauen/-männer).

Vergleicht man die Erwerbsstruktur der Gewerkschaftsmitglieder mit der der Nicht-Mitglieder auf Bundesebene, dann sind Arbeiter unter den Organisierten tatsächlich wesentlich stärker vertreten als unter den Unorganisierten (33% zu 12%). Allerdings erscheint es stark übertrieben, die Arbeiter bei einem Mitgliederanteil von 33% als die "bestimmende Mitgliedergruppe" zu bezeichnen. Ebenso wenig trifft das Urteil zu, dass die Angestellten "nur eine Minderheit" innerhalb der Gewerkschaften bilden. 26 Prozent der Organisierten und 25 Prozent der Unorganisierten sind Angestellte. Gewerkschaften sind in diesem Fall nachgerade ein Spiegelbild der Gesellschaft. Und ein Viertel ihrer Mitglieder wird man kaum als "Minderheit" abtun können. Die Beamten sind unter den Gewerkschaftsmitgliedern sogar deutlich stärker vertreten als unter den Nicht-Mitgliedern (6% zu 2%). Völlig übersehen wird gemeinhin, dass die Rentner mit einem Anteil von 23 Prozent eine wichtige Mitgliedergruppe darstellen.

Die These von der "Vergreisung" der Gewerkschaftsmitglieder beschreibt ein mögliches Entwicklungsszenario (falls die angestrebte Trendwende misslingt), findet aber keine Bestätigung durch Umfragen. Von einer Überalterung der Organisierten im Vergleich zu den Unorganisierten kann derzeit keine Rede sein: 2003 waren bundesweit 33 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder und 36 Prozent der Nicht-Mitglieder 55 Jahre und älter. Für die Personen ab 65 Jahre betrug das entsprechende Verhältnis 13 Prozent zu 19 Prozent. Ein

14 Ebbinghaus bezeichnet so Rentner und Studierende. Vgl. Bernhard Ebbinghaus: Hoffnung allein ist nicht genug, in: Mitbestimmung, 2005, H. 1-2, S. 22 (Randnote).

15 Um ein möglichst realitätsgerechtes Abbild der Untersuchungsgruppen zu gewinnen, werden in dieser Tabelle ausnahmsweise Personen ab 16 Jahren und Ausländer berücksichtigt.

eindeutiges Repräsentationsdefizit besteht zwar bei den 16-24jährigen. Diese Altersgruppe machte 2003 nur 4 Prozent der Mitglieder, aber 11 Prozent der Nicht-Mitglieder aus.

Heute stellen die Gewerkschaften keine Arbeiterorganisationen (mehr), sondern höchst differenzierte Teilgesellschaften dar, wobei einige Mitgliedergruppen über-, andere unterrepräsentiert, einige relativ gewerkschaftstreu, andere eher unzufrieden und möglicherweise auf dem Absprung sind.

Dies gilt auch für die **Gewerkschaftsmitglieder in Berlin** (Tabelle 1). Im Unterschied zur Bundesebene ist der Arbeiteranteil unter den Berliner Gewerkschaftern geringer (23% zu 33%), der der Angestellten bzw. der Beamten dafür größer (35% zu 26% bzw. 9% zu 6%).

Eine völlig andere Betrachtungsweise stellt der gewerkschaftliche **Organisationsgrad** dar (Tabelle 2). Dabei handelt es sich um den Anteil der Gewerkschaftsmitglieder an einer bestimmten sozialen Gruppe (z.B. Beamte). Von der Höhe des Organisationsgrades einer sozialen Gruppe wird oft auf die Größe dieser Gruppe und damit auch auf ihren Einfluss innerhalb der Mitgliederschaft geschlossen. Dies führt allerdings zu einem völlig falschen Bild:

So sind beispielsweise nach Umfragen 33 Prozent der Beamten in Deutschland gewerkschaftlich organisiert. Dabei handelt es sich zwar um einen relativ hohen Organisationsgrad (im Durchschnitt beträgt er bundesweit 16%). Der Anteil der Beamten an allen Gewerkschaftsmitgliedern in der Bundesrepublik macht aber gerade einmal 6 Prozent aus. Das liegt daran, dass die Beamten nur einen kleinen Teil der Bevölkerung darstellen, nämlich 2 Prozent. Dasselbe gilt für Arbeiter. Betrachten wir die einfachen Arbeiter¹⁶: Sie zeichnen sich durch einen hohen Organisationsgrad aus (bundesweit 35%), aber sie machen nur einen kleinen Bevölkerungsteil aus (3%) und sind daher nur mit 10 Prozent an der Mitgliederschaft der Gewerkschaften in Deutschland vertreten.

Der Organisationsgrad gibt also nur Auskunft über die Affinität einer sozialen Gruppe zu den Gewerkschaften, unabhängig von ihrer zahlenmäßigen Stärke. Er sagt jedoch nichts über die Bedeutung dieser Gruppe innerhalb der Gewerkschaften aus.

16 Un- bzw. angelernte Arbeiter.

Der Vorteil von Umfragedaten im Vergleich zur offiziellen Mitgliederstatistik der Gewerkschaften besteht auch darin, dass sie die Bestimmung des Organisationsgrads **jeder beliebigen sozialen Gruppe** ermöglichen, also zum Beispiel auch den von Personen mit niedriger Bildung oder von Personen, die sich ideologisch der Linken zurechnen.

4. Veränderungen in der Zusammensetzung der Gewerkschaftsmitglieder

Folgt man den Umfragedaten des Berlin-Brandenburg-BUS, dann dürften die Berliner Gewerkschaften zwischen 1995 und 2004 knapp ein Drittel ihrer Mitglieder verloren haben. Dabei liegt die Verlustrate in Ost-Berlin¹⁷ wesentlich höher als in West-Berlin (Tabelle 3). Die Verluste verteilen sich allerdings nicht gleichmäßig über alle Mitgliedergruppen.

Wenn die Zusammensetzung der Gewerkschaftsmitglieder zu zwei Zeitpunkten (hier 1995 und 2004) miteinander auf der Basis von Prozentangaben verglichen werden (Tabelle 4), dann ist zu beachten, dass sich die Anteile für jeden Zeitpunkt auf 100 addieren, unabhängig davon, wie sich die absoluten Mitgliederzahlen entwickelt haben. 1995 waren in Berlin 20 Prozent der wahlberechtigten Bevölkerung gewerkschaftlich organisiert, 2004 nur noch 14 Prozent. Dieser Mitgliederrückgang spiegelt sich in Tabelle 4 nicht wider. Sie gibt nur Auskunft darüber, **wie sich das Gewicht jeder einzelnen Untersuchungsgruppe im Kontext der anderen entwickelt hat.**

Es ergeben sich folgende Trends für die Entwicklung innerhalb der Mitgliedschaft der Gewerkschaften in Berlin:

- Das Geschlechterverhältnis hat sich leicht zu Ungunsten der Frauen verschoben.
- Das Durchschnittsalter ist gestiegen. Der Anteil der jüngeren Generationen (bis 34 Jahre) ist von 20 Prozent (1995) auf 9 Prozent (2004) gesunken. Von Überalterung wird man derzeit aber auch bei den Berliner Gewerkschaftern nicht sprechen wollen. Denn der Anteil der oberen Altersgruppen (55 Jahre und älter) an den Gewerkschaftsmitgliedern betrug 2004 37 Prozent, an den Unorganisierten 35 Prozent.

17 Auf die Besonderheiten der Entwicklung der Gewerkschaften in Ostdeutschland kann hier nicht eingegangen werden. Vgl. dazu Michael Fichter/Hugo Reister: Die Gewerkschaften, in: Oskar Niedermayer (Hrsg.), Intermediäre Strukturen in Ostdeutschland, Opladen: Leske + Budrich 1996, S. 309-333.

- Die Bedeutung der Arbeitslosen hat etwas, die der Angestellten hat deutlich abgenommen (von 45% 1995 auf 35% 2004). Gewachsen ist vor allem das Gewicht der Arbeiter (von 19% 1995 auf 23% 2004), im Weiteren dann auch das der Selbständigen und der sonstigen Nichterwerbspersonen.
- Das durchschnittliche Qualifikationsniveau der Organisierten hat sich in den vergangenen zehn Jahren nach unten entwickelt. Dominierten 1995 noch Mitglieder mit mittlerer Bildung¹⁸ (46%), so bildeten 2004 die Mitglieder mit niedriger Bildung¹⁹ die größte Gruppe (40%). Nicht verändert hat sich das Gewicht der Organisierten mit hoher Bildung²⁰, die nach wie vor knapp 30 Prozent aller Mitglieder stellen.
- Das ideologische Selbstverständnis der Gewerkschaftsmitglieder hat sich nach links verschoben. Stufen sich 1995 noch ein Drittel der Gewerkschaftsmitglieder links ein, so tat dies 2004 die Hälfte aller Organisierten in Berlin²¹. Dieser Linksdrift vollzog sich zu Lasten der linken Mitte, deren Gewicht stark zurückgegangen ist (von 49% 1995 auf 32% 2004).

Grob gesagt besteht der hauptsächliche Trend darin, dass die Personen mit niedrigem sozialem Status innerhalb der Mitgliederschaft an Gewicht gewonnen haben, während die Personen mit mittlerem sozialem Status an Bedeutung verloren haben. Bemerkenswert: Die Rentner bilden mittlerweile nach den einfachen Angestellten²² (Mitgliederanteil 2004: 19%) mit 18 Prozent die zweitgrößte Erwerbsgruppe unter den Gewerkschaftsmitgliedern.

5. Veränderungen im gewerkschaftlichen Organisationsgrad

Die genannten Veränderungen in der Zusammensetzung der Gewerkschaftsmitglieder sagen nichts darüber aus, wie sich bei den verschiedenen sozialen Gruppen die Affinitäten zu den Gewerkschaften im Zeitverlauf entwickelt haben. Dies leistet der gewerkschaftliche

18 Abschluss der Polytechnischen Oberschule (8./10. Klasse), Fachhochschulreife, Abitur.

19 Realschulabschluss (Mittlere Reife) und darunter.

20 (Fach-)Hochschulstudium.

21 Zum Vergleich: Bundesweit rechneten sich 2003 nur 24% der Gewerkschaftsmitglieder zur Linken (West: 23%, Ost: 29%).

22 Einfache, nach Anweisung zu erledigende Tätigkeiten.

Organisationsgrad, der Auskunft darüber gibt, wie groß der Anteil der Gewerkschaftsmitglieder an den einzelnen sozialen Gruppen ist (Tabelle 5).

1995 betrug der durchschnittliche Organisationsgrad 20 Prozent. Ein Fünftel aller (wahlberechtigten) Berliner verfügte also über ein Gewerkschaftsbuch. Bis 2004 sank der durchschnittliche Organisationsgrad dann auf 14 Prozent ab, was einen **Rückgang um 30 Prozent** bedeutet. Bei den Erwerbstätigen verminderte sich der Organisationsgrad um 20 Prozent, bei den nicht Erwerbstätigen (also bei den Erwerbslosen und den Nichterwerbspersonen) dagegen um 42 Prozent.

Was sich im vorigen Abschnitt bereits andeutete, wird nun evident: **Der Organisationsgrad ist bei den jüngeren Generationen in Berlin nachgerade eingebrochen.** Waren 1995 noch 15 Prozent der bis 34 Jahre alten Personen Mitglied einer Gewerkschaft, so ist dieser Anteil bis 2004 auf vier Prozent abgestürzt. Dieser Wert beruht zwar auf geringen Fallzahlen. Aber selbst wenn der tatsächliche Anteil fünf oder sechs Prozent betragen würde, handelte es sich um einen weit überdurchschnittlichen Rückgang. Bei den mittleren Generationen (35-54 Jahre) ist der Organisationsgrad nur um 17 Prozent gesunken, bei den älteren Jahrgängen (ab 55 Jahre) um 22 Prozent. In beiden Fällen handelt es sich um unterdurchschnittliche Werte, da der Organisationsgrad im Durchschnitt aller Befragten um 30 Prozent zurückgegangen ist. **Die Vermutung, dass gerade ältere Mitglieder den Gewerkschaften den Rücken kehren, kann also für Berlin nicht bestätigt werden.**

Überdurchschnittlich stark organisiert waren 1995 in Berlin die Beamten, die Arbeiter und die Angestellten. Das gilt - trotz der allgemeinen Verringerung des Organisationsgrads - noch heute. Allerdings vollzog sich die **Abwendung von den Gewerkschaften** in den einzelnen Untersuchungsgruppen sehr unterschiedlich. Am stärksten betroffen sind die **Angestellten** (Verringerung des Organisationsgrads um 31%), insbesondere die **verantwortlichen Angestellten** (-46%). Es folgen die **Beamten** (-28%) und die **Arbeiter** (-18%), hier insbesondere die **einfachen Arbeiter** (-29%). Die Facharbeiter erweisen sich nach wie vor als besonders gewerkschaftstreu. Ihr Organisationsgrad hat sich in den vergangenen Jahren nur um 8 Prozent verringert.

Den **größten Einbruch** mussten die Gewerkschaften in Berlin bei der allerdings kleinen Gruppe der **Arbeitslosen** hinnehmen. Ihr Organisationsgrad ist um sage und schreibe 70

Prozent zurückgegangen. Er lag 1995 noch im Bevölkerungsdurchschnitt (20%), stürzte dann aber bis 1994 auf 6 Prozent ab. Auch die Gewerkschaftsbindung der - traditionell unterdurchschnittlich organisierten - Rentner hat abgenommen (-23%), der Verlustanteil entspricht dem der über 54jährigen.

Am Rande sei noch auf die winzige Gruppe der **Selbständigen** hingewiesen: Ihr Anteil an der Mitgliedschaft der Berliner Gewerkschaften betrug 1995 2 Prozent, verdoppelte sich bis 2004 aber auf 4 Prozent (Tabelle 4). Der Organisationsgrad der Selbständigen wuchs von 6 Prozent (1995) auf 10 Prozent (2004), was einer Zunahme von 67 Prozent entspricht (Tabelle 5). Die magere Datenlage erlaubt leider keine Aussagen darüber, welche Selbständigen sich gewerkschaftlich organisieren. Vermutlich handelt es sich vor allem um "Einzelunternehmer" im Dienstleistungsbereich, die früher einmal lohnabhängig waren.

Aus geschlechterspezifischer Sicht handelt es sich beim Mitgliederschwund der Gewerkschaften in Berlin primär um ein Frauenproblem. Ihr Organisationsgrad hat sich zwischen 1995 und 2004 um 41 Prozent vermindert, der der Männer nur um 23 Prozent.

Während an den Verlusten bei den Arbeitslosen beide Geschlechter mehr oder weniger gleichmäßig beteiligt sind (Tabelle 7), sind bei den Erwerbstätigen deutliche Schwerpunkte erkennbar: Bei den **Arbeitern**, den **Beamten** und den **Rentnern** sind es vor allem die **Frauen**, die sich von den Gewerkschaften abgewandt haben, bei den **Angestellten** sind es die **Männer**. Bei den Beamten hat sich der Organisationsgrad der Männer sogar um 21 Prozent verbessert.

Die genannten Veränderungen summieren sich im Bildungsbereich wie folgt (Tabelle 5): **Der gewerkschaftliche Organisationsgrad ist besonders stark, nämlich um 48 Prozent, bei Personen mit mittlerer Bildung gesunken** (Männer: -59%; Frauen: -37%), bei denen mit niedriger Bildung hat er sich um 22 Prozent (Männer: -13%; Frauen: -50%) vermindert, bei den Studierenden ist er gleich geblieben. Dadurch, dass den Gewerkschaften vor allem Teile der mittleren Bildungsschicht abhanden gekommen sind und die obere Bildungsschicht konstant geblieben ist, hat sich das durchschnittliche Bildungsniveau der Gewerkschaftsmitglieder - wie bereits erwähnt - nach unten verschoben.

Und da der Organisationsgrad vor allem bei den Arbeiterinnen und bei den Rentnerinnen stark abgenommen hat²³, stellt der **untere Bildungsbereich bei den Gewerkschaftsmitgliedern heute eine Männerdomäne** dar: Über einen niedrigen Bildungsabschluss verfügen derzeit 47 Prozent der männlichen, aber nur 29 Prozent der weiblichen Gewerkschafter, einen mittleren Bildungsabschluss haben 26 Prozent der organisierten Männer und 40 Prozent der organisierten Frauen, und einen hohen Bildungsabschluss können 27 Prozent der männlichen und 31 Prozent der weiblichen Kollegen vorweisen.

Da die **Selbsteinstufung auf der Links-Rechts-Skala** bildungsabhängig ist (je gebildeter, desto linker), wäre eigentlich zu erwarten gewesen, dass sich die ideologische Verortung der Gewerkschaftsmitglieder mit dem Bedeutungsgewinn der unteren Bildungsschicht zur Mitte hin verschiebt. Dies ist aber nicht der Fall, wie wir im vorigen Abschnitt gesehen haben. Vielmehr ist der Anteil der Mitglieder, die sich links einstufen, von 33 Prozent (1995) auf 48 Prozent (2004) gewachsen (Tabelle 4). Dabei handelt es sich nur scheinbar um einen Widerspruch: Einerseits fand bei den (vor allem weiblichen) Organisierten mit niedriger Bildung eine ideologische Rechtsverschiebung (primär von der linken Mitte in die rechte Mitte) statt. Andererseits gab es aber eine wesentlich stärkere Gegenbewegung bei den Mitgliedern mit mittlerer (teilweise auch mit hoher) Bildung. Stufen sich 1995 noch 29 Prozent der organisierten mittleren Bildungsschicht links ein, so waren es 2004 doppelt so viele, nämlich 63 Prozent. Die Halbierung des Organisationsgrads dieser Schicht in den vergangenen 10 Jahren (-48%) hat sich offenbar so vollzogen, dass die Linke gewerkschaftstreu geblieben ist, während die Abwanderer eher aus der linken bzw. rechten Mitte stammen. So erklärt sich auch die Tatsache, dass der Organisationsgrad der linken Mitte um 53 Prozent abgenommen hat (Tabelle 5).

Eine gleichgerichtete Entwicklung vollzog sich auch bei der oberen Bildungsschicht, allerdings in geringerem Ausmaß. Hier hat sich der Anteil der linken Mitglieder "nur" von 51 Prozent (1995) auf 61 Prozent erhöht.

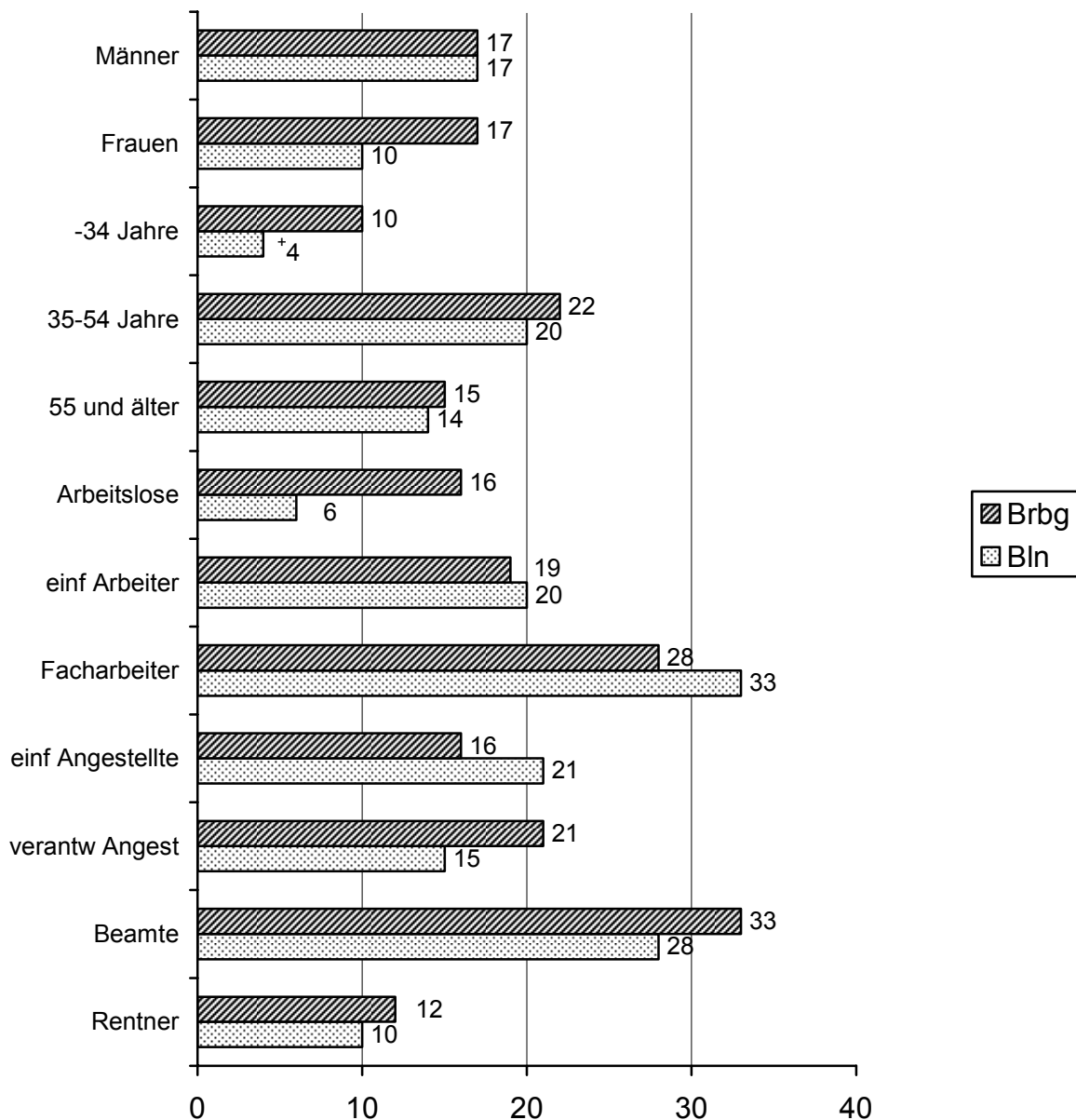
Im Ergebnis haben die Einbußen bei der sozialen und ideologischen Mitte zu einer **Polarisierung** innerhalb der Mitgliederschaft **zwischen eher linken**, mittleren bzw. hohen Bil-

23 Der Rückgang des Organisationsgrads bei den Beamtinnen fällt nicht ins Gewicht, weil es sich bei den Beamten um eine kleine Gruppe handelt.

ungsschichten einerseits und der **ideologisch eher "mittig" ausgerichteten** unteren Bildungsgruppen andererseits beigetragen.

Abschließend werfen wir noch einen Blick auf die derzeitigen Organisationsgrade in **Brandenburg** (Grafik 1): Dort ist die Gewerkschaftsneigung bei den Frauen, den 18-34jährigen und bei den Arbeitslosen wesentlich größer als in Berlin.

Grafik 1:
Der gewerkschaftliche Organisationsgrad von ausgewählten sozialen Gruppen in Berlin und Brandenburg 2004 (%)



6. Zwischenfazit 1

- ▶ Die Mitglieder der Berliner Gewerkschaften bilden eine differenzierte Teilgesellschaft, in der Erwerbstätige überwiegen. Im **Vergleich zu den Unorganisierten** sind Arbeiter und Beamte stark, Angestellte etwas überdurchschnittlich vertreten. Schwach repräsentiert sind Arbeitslose, Rentner und sonstige Nichterwerbspersonen. In sozialstruktureller Hinsicht dominiert nicht (mehr) die Arbeiterschicht, vorherrschend sind vielmehr Angestellte und Beamte. Dieser Befund gilt unabhängig davon, dass die Berliner Gewerkschaften seit 1995 knapp ein Drittel ihrer Mitglieder verloren haben.
- ▶ Der Mitgliederschwund in den vergangenen zehn Jahren bewirkte gleichwohl Veränderungen in der **Zusammensetzung der Berliner Gewerkschaftsmitglieder**: Der Anteil der Arbeiter ist von 19 Prozent auf 23 Prozent gestiegen, der der Angestellten und Beamten von 53 Prozent auf 44 Prozent gesunken. Gleichzeitig hat sich das Bildungsniveau der Organisierten nach unten verschoben. Insgesamt haben die unteren, gering qualifizierten sozialen Schichten an Bedeutung gewonnen, während das Gewicht der mittleren sozialen Schichten geringer geworden ist.
- ▶ Die herben Mitgliederverluste der Berliner Gewerkschaften sind Ausdruck des zwischen 1995 und 2004 im Schnitt um 30 Prozent gesunkenen **Organisationsgrads**. Überdurchschnittliche Einbußen mussten die Gewerkschaften bei den unteren Altersgruppen (bis 34 Jahre), bei den Arbeitslosen, bei den weiblichen Arbeitern, Beamten und Rentnern sowie bei den männlichen Angestellten hinnehmen. Insgesamt hat die Gewerkschaftsneigung der Frauen also wesentlich stärker abgenommen als die der Männer. Mit Blick auf den höchsten erreichten Schulabschluss ist der gewerkschaftliche Organisationsgrad bei den Personen mit mittlerer Bildung besonders stark, nämlich um die Hälfte, geschrumpft.
- ▶ Das **ideologische Selbstverständnis** der Gewerkschaftsmitglieder in Berlin hat sich seit 1995 nach links verschoben. Diese Entwicklung ist das Resultat zweier gegenläufiger Tendenzen: Die untere Bildungsschicht (vor allem einfache Arbeiter und einfache Angestellte, teilweise auch Rentner) ist etwas konservativer geworden, während sich die mittlere und die obere Bildungsschicht deutlich nach links bewegt haben.
- ▶ **Insgesamt erstrecken sich die Verluste in Berlin also mehr oder weniger auf alle Mitgliedergruppen, wobei allerdings Frauen, untere Jahrgänge, Arbeitslose und**

verantwortliche Angestellte besonders betroffen sind. Für eine Mitgliederkampagne des DGB dürfte auch von Bedeutung sein, dass sich gerade die mittlere Bildungsschicht von den Gewerkschaften abwendet.

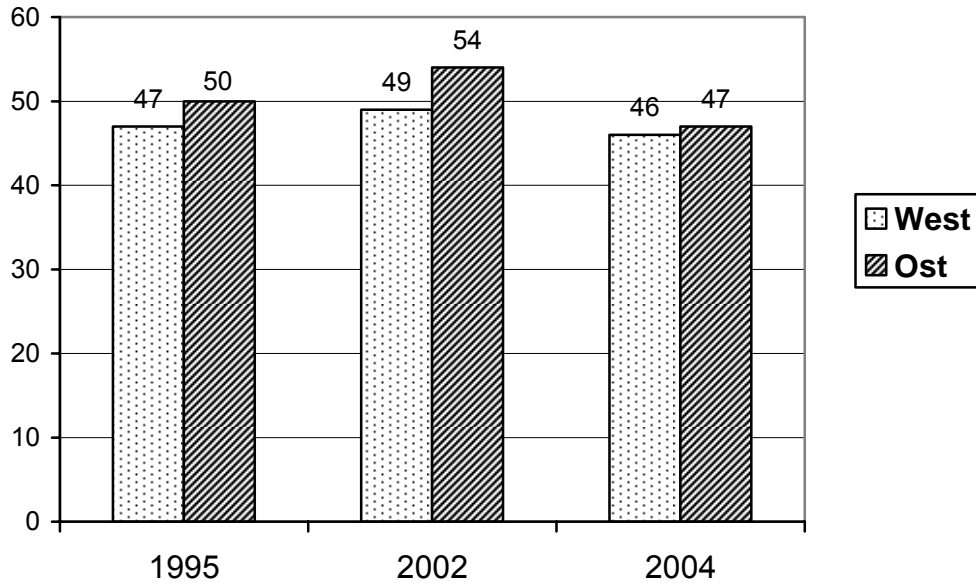
- ▶ In Folge des Mitgliederrückgangs verändert sich auch die soziale und ideologische Struktur der Berliner Mitgliederschaft, woraus sich zusätzliche Probleme für die Gewerkschaften ergeben könnten: Der Anteil der Mitglieder mit geringem sozialem Status nimmt zu, während die Mitglieder mit mittlerem sozialem Status quantitativ an Bedeutung verlieren. Gleichzeitig wächst die ideologische Distanz zwischen beiden Gruppen.
- ▶ Für **Brandenburg** können keine Entwicklungstendenzen über viele Jahre hinweg mitgeteilt werden. Der gewerkschaftliche Organisationsgrad der Frauen, der 18-34jährigen und der Arbeitslosen ist dort allerdings gegenwärtig wesentlich größer als in Berlin.

7. Veränderungen in der instrumentellen Bewertung der Gewerkschaften

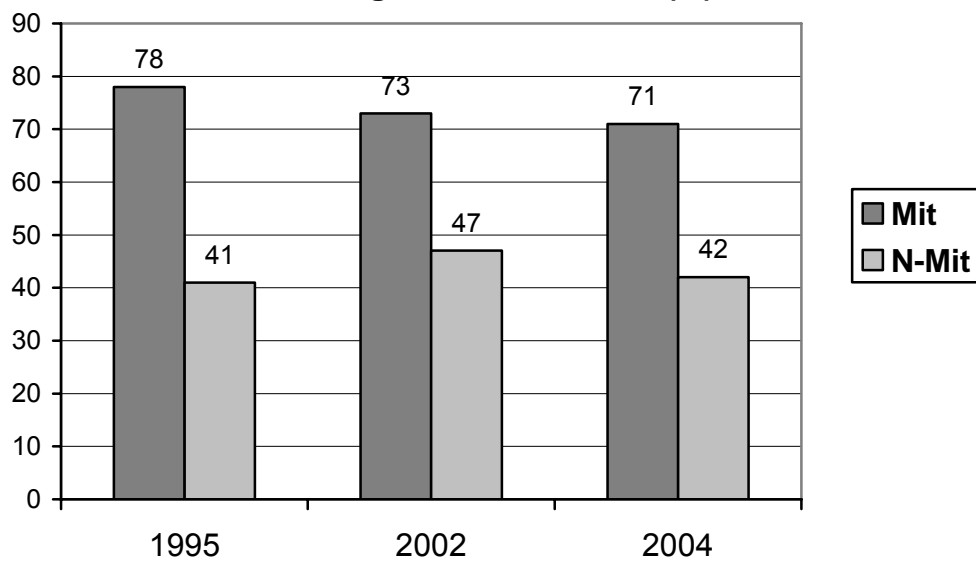
2004 war knapp die Hälfte (46%) der befragten Berliner der Auffassung, dass die Gewerkschaften ihre Interessen (teilweise bzw. vollständig) vertreten. Allerdings gingen nur 6 Prozent von einer "vollständigen" Interessenvertretung aus, die übrigen 40 Prozent billigten den Gewerkschaften nur eine "teilweise" Interessenvertretung zu. Die Bewertung der Brandenburger fiel noch etwas besser aus als die ihrer Berliner Nachbarn (Tabelle 8). Dabei stellten die 18-24jährigen den Gewerkschaften in beiden Ländern 2004 ein vergleichsweise gutes Zeugnis aus. Noch günstigere Leistungsbeurteilungen erhielten sie von den Arbeitern, den einfachen Angestellten und den Beamten (Tabelle 20).

In Ost-Berlin erzielten die Gewerkschaften durchgängig etwas bessere Befragungsergebnisse als in West-Berlin (Grafik 2). **Entscheidend ist, dass sich das Gefühl der Interessenvertreteneit durch die Gewerkschaften bei der Berliner Bevölkerung insgesamt in den vergangenen zehn Jahren so gut wie nicht verändert hat.** 1995 gaben 48 Prozent der Befragten an, dass die Gewerkschaften ihre Interessen teilweise oder vollständig

Grafik 2:
Interessenvertreteneit durch Gewerkschaften in West- und Ost-Berlin 1995-2004 (%)



Grafik 3:
Interessenvertreteneit durch Gewerkschaften in Berlin bei Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern 1995-2004 (%)



vertreten, nur 2 Prozent mehr als 2004²⁴.

Dass die instrumentelle Bewertung der Gewerkschaften bei ihren Mitgliedern besser ausfällt als bei den Unorganisierten, versteht sich von selbst. In Berlin sagten 2004 71 Prozent der Mitglieder und 42 Prozent der Nicht-Mitglieder, dass die Gewerkschaften ihre Interessen vertreten (Tabelle 10). Die Einschätzung der organisierten und unorganisierten Märker war wiederum etwas positiver als die der Berliner (Tabelle 11)²⁵.

Die Interessenvertretenheit der Berliner Gewerkschaftsmitglieder hat zwischen 1995 und 2004 von 78 Prozent auf 71 Prozent abgenommen (Grafik 3). Der Rückgang fällt mit 9 Prozent zwar moderat aus. Allerdings wäre zu erwarten gewesen, dass die Bewertung 2004 besser ausfällt als 1995, weil seither viele unzufriedene Mitglieder ausgeschieden sind. Zwei Schlussfolgerungen sind möglich: Die Abwanderungstendenzen haben nichts oder nur wenig mit der instrumentellen Bewertung der Gewerkschaften zu tun. Oder die (verbliebenen) Mitglieder beurteilen die Leistung ihrer Gewerkschaft immer kritischer.

Auffällig ist wiederum, dass die jüngeren Generationen unter den Mitgliedern den Output der Gewerkschaften relativ gut beurteilen. Dass ihr Organisationsgrad gering und in der letzten Dekade auch noch dramatisch gesunken ist, muss Ursachen haben, die jenseits der Leistungsbewertung der Gewerkschaften liegen. Dies gilt entsprechend für Mitglieder mit mittlerer Bildung. Bei Mitgliedern mit hoher Bildung hat sich der Organisationsgrad zwischen 1995 und 2004 nicht verändert, die Leistungsbewertung ist dennoch schlechter geworden (Tabelle 13).

Bei den organisierten Frauen hat sich das Gefühl der Interessenvertretenheit durch die Gewerkschaften allerdings deutlich verringert, ebenso bei den Mitgliedern, die sich ideologisch in der linken Mitte einstufen. Dies entspricht den früher erwähnten Befunden.

Kurzum: Während sich an der instrumentellen Bewertung der Berliner Bevölkerung in den vergangenen zehn Jahren nichts geändert hat (sie ist auf mäßigem Niveau stabil geblie-

24 Wenn nicht die Bevölkerung insgesamt, sondern nur die Unorganisierten betrachtet werden, dann hat sich das Gefühl der Interessenvertretenheit durch die Gewerkschaften sogar leicht von 41% (1995) auf 42% (2004) verbessert (Grafik 3).

25 Vergleichsdaten für Mitglieder: Berlin (2004) 71%; Brandenburg (2004) 76%; Bundesrepublik insgesamt (2003) 79%, dabei Westdeutschland 78%, Ostdeutschland 80% (Tabelle 22).

ben), hat sich das Urteil der Mitglieder über die gewerkschaftliche Interessenvertretung in diesem Zeitraum durchaus verschlechtert. Aber die Verschlechterung fällt nicht gerade dramatisch aus. Auch die gruppenspezifische Analyse führt uns zu der These, **dass der Mitgliederrückgang wenig mit der instrumentellen Beurteilung der Gewerkschaften zu tun haben dürfte.**

8. Veränderungen in der moralischen Bewertung der Gewerkschaften

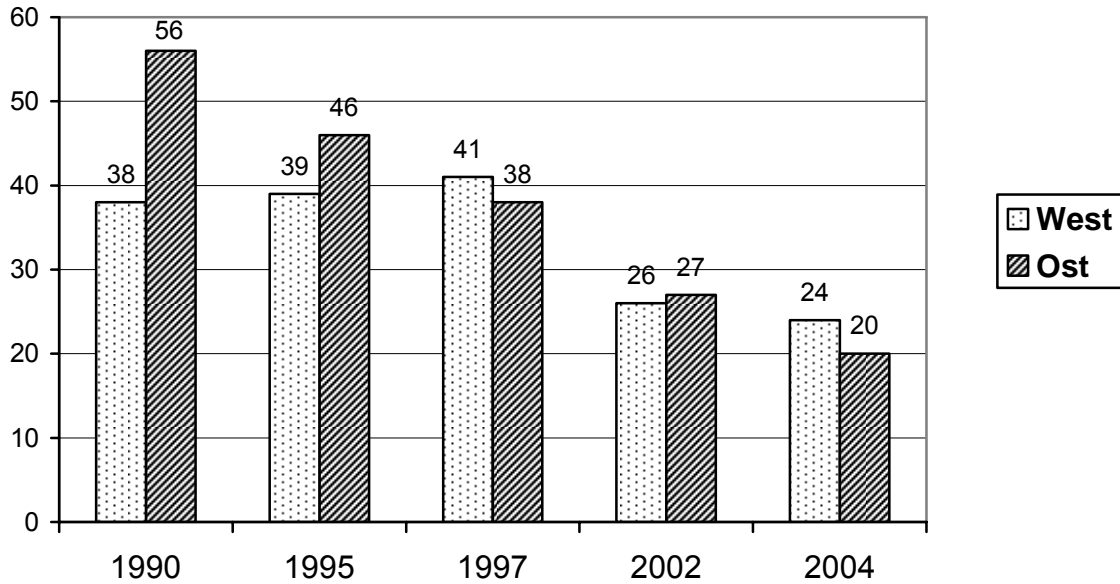
Bei der moralischen Bewertung der Gewerkschaften geht es - wie im zweiten Abschnitt dargelegt - darum, ob sie den Werten und Normen der Menschen entsprechen und ihnen daher grundlegendes und dauerhaftes Vertrauen entgegengebracht wird. Vertrauen in Gewerkschaften signalisiert mithin eine stärkere Bindung an die Gewerkschaften als das Gefühl der Interessenvertreteneheit.

2004 brachten gleichermaßen 23 Prozent der Berliner und Brandenburger den Gewerkschaften Vertrauen entgegen, rund halb so viele, wie mit ihrer Leistung zufrieden waren. Das Vertrauen der Bevölkerung in die Gewerkschaften hält sich also in engen Grenzen. "Voll und ganz" vertrauten nur etwa 5 Prozent der Befragten in beiden Ländern (Tabelle 14). Von den Personen in der Region, die 2004 ihre Interessen durch die Gewerkschaften vertreten sahen, gaben nur 37 Prozent an, dass sie ihnen auch vertrauen. Der entsprechende Wert für Gewerkschaftsmitglieder betrug in Berlin 50 Prozent und in Brandenburg 53 Prozent. Wie zu erwarten war, vertrauen Gewerkschaftsmitglieder ihren Organisationen stärker als Nicht-Mitglieder. In Berlin betrug das Verhältnis 2004 42 Prozent zu 19 Prozent (Tabelle 16), in Brandenburg 45 Prozent zu 19 Prozent (Tabelle 17).

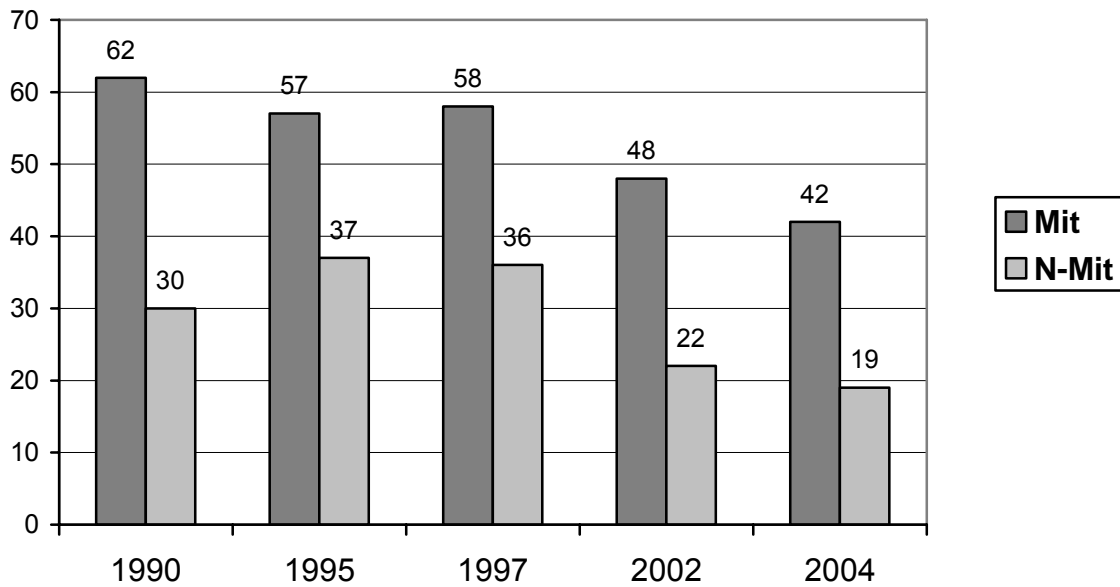
Im Zeitverlauf ist das Vertrauenspolster der Gewerkschaften bei allen Befragten in Berlin extrem stark, nämlich von 45 Prozent (1990) auf 23 Prozent (2004) abgeschmolzen. Das bedeutet einen Rückgang um 49 Prozent.

Die Entwicklung vollzog sich in beiden Stadthälften allerdings recht unterschiedlich. 1990 brachten die Ostberliner den Gewerkschaften weitaus mehr Vertrauen entgegen als die

Grafik 4:
Vertrauen in Gewerkschaften in
West- und Ost-Berlin 1990-2004 (%)



Grafik 5:
Vertrauen in Gewerkschaften in Berlin bei Gewerkschafts-
mitgliedern und Nicht-Mitgliedern 1990-2004 (%)



Westberliner (Grafik 4). Im Osten fielen die Werte dann aber von 56 Prozent auf 20 Prozent ab, was einen Vertrauensverlust von 64 Prozent bedeutet. Im Westteil Berlins nahm das Vertrauen zunächst bis auf 41 Prozent (1997) zu, sank dann aber bis 2004 auf 24 Prozent ab. Gesamtverlust zwischen 1990 und 2004: 37 Prozent.

Dass die Qualität der Gewerkschaften von der Berliner Bevölkerung in den vergangenen Jahren immer schlechter benotet wurde, ist eher geeignet, die Schwierigkeiten bei der Gewinnung von Neumitgliedern zu erklären, als die instrumentelle Evaluierung der Gewerkschaften.

Nun zu den Gewerkschaftsmitgliedern: Sie statteten ihre Organisationen 1990 noch mit einem üppigen Vertrauenspolster aus, im Osten von Berlin (65%) noch mehr als im Westen (58%). Dieses Polster schrumpfte dann aber bis 2004 auf 42 Prozent, was einen Rückgang um 32 Prozent bedeutet²⁶. Bei den Nicht-Mitgliedern betrug der Rückgang - allerdings auf niedrigerem Niveau - 37 Prozent (Grafik 5).

Auch hier wäre eigentlich zu erwarten gewesen, dass das Vertrauen in die Gewerkschaften bei ihren Mitgliedern wächst, weil seit 1995 viele Unzufriedene ausgeschieden sind. Tatsächlich trifft aber das Gegenteil zu. Das bedeutet, dass auch bei organisationstreuen Mitgliedern ein Vertrauensverlust eingetreten ist und mithin die **akute Gefahr weiterer Abwanderungen** aus dem Gewerkschaftslager besteht. **Dies betrifft zunächst einmal pauschal alle Mitgliedergruppen.** Denn bei keiner der in Tabelle 19 aufgeführten Untersuchungsgruppen ist ein Vertrauenszuwachs zu verzeichnen. Bei den 18-34jährigen hat sich wenigstens an der Vertrauensbekundung zwischen 1995 und 2004 nichts geändert, und bei den Beamten ist nur ein winziger Rückgang festzustellen (-4%). Bei den arbeitslosen Gewerkschaftern könnte sogar eine Verbesserung der Bewertung eingetreten sein. Wegen geringer Fallzahlen ist aber keine exakte Angabe möglich.

Im Folgenden werden zunächst die Mitgliedergruppen benannt, bei denen in der vergangenen Dekade in Berlin ein **überdurchschnittlicher Vertrauensrückgang**²⁷ stattgefunden hat, bei denen also die Abwanderungsgefahr besonders groß ist:

26 Vergleichsdaten für Mitglieder: Berlin (2004) 42%; Brandenburg (2004) 45%; Bundesrepublik insgesamt (2003) 46%, dabei Westdeutschland 45%, Ostdeutschland 50% (Tabelle 23).

27 Er beträgt im Durchschnitt aller Mitglieder -26% (Tabelle 19).

- Hier sind zunächst pauschal die **weiblichen Gewerkschaftsmitglieder** zu nennen. Bei ihnen ist das Vertrauen um 53 Prozent zurückgegangen. 1995 sprachen also noch doppelt so viele Gewerkschafterinnen ihren Organisationen das Vertrauen aus wie 2004. Dies korrespondiert mit der Verminderung des gewerkschaftlichen Organisationsgrads der Frauen um 41 Prozent (Tabelle 5) und - damit zusammenhängend - mit ihrem quantitativen Gewichtsverlust innerhalb der Mitgliederschaft. Im Übrigen hat sich bei den weiblichen Gewerkschaftsmitgliedern auch das Gefühl der Interessenvertretung durch ihre Organisationen zwischen 1995 und 2004 um 20 Prozent verringert. Dabei handelt es sich um einen stark überdurchschnittlichen Wert. Insgesamt hat sich die Output-Beurteilung der Gewerkschaften nämlich nur um 9 Prozent verschlechtert (Tabelle 13). Die Datenlage lässt leider keine konkreten Prozentangaben für Subgruppen zu. Die bisherigen Befunde deuten allerdings darauf hin, dass es sich bei den unzufriedenen Gewerkschafterinnen vor allem um (einfache) Arbeiterinnen, Beamtinnen und Rentnerinnen handelt. Eine ähnliche Tendenz dürfte für **Brandenburg** gelten. Dort ist das Vertrauen der organisierten Männer in die Gewerkschaften zwischen 2002 und 2004 sogar etwas angewachsen, während das der weiblichen Gewerkschaftsmitglieder in diesem Zeitraum von 56 Prozent auf 39 Prozent abgenommen hat (Tabelle 18).
- Bei den **organisierten Arbeitern** ist ein Vertrauensverlust von 49 Prozent zu verzeichnen. Wegen geringer Fallzahlen für 2004 können keine verlässlichen Daten für einfache Arbeiter und für Facharbeiter genannt werden. Es scheint jedoch so zu sein, dass die organisierten einfachen Arbeiter den Gewerkschaften 2004 so gut wie kein Vertrauen mehr entgegenbrachten, während sich der Vertrauensverlust bei den Facharbeitern in überschaubaren Grenzen bewegte. Dies entspräche den Ergebnissen zum Organisationsgrad, der bei einfachen Arbeitern wesentlich stärker abgenommen hat (-29%) als bei Facharbeitern (-8%), die wir als ausgesprochen "gewerkschaftstreu" charakterisiert haben (Tabelle 5). Überdies stützten die Daten die Vermutung, dass der Vertrauensverlust hauptsächlich bei den weiblichen einfachen Arbeitern eingetreten ist. Für **Brandenburg** lässt sich mit Bestimmtheit nur sagen, dass auch dort zwischen 2002 und 2004 bei den organisierten Arbeitern das Vertrauen in die Gewerkschaften deutlich rückläufig ist (Tabelle 18). Dies dürfte ebenfalls eher auf die einfachen bzw. auf die weiblichen Arbeiter unter den Gewerkschaftsmitgliedern zutreffen.
- Die zur Verfügung stehenden Daten erlauben es auch nicht, den Vertrauensverlust bei den **organisierten Angestellten** (-31%) nach einfachen und verantwortlichen Ange-

stellten zu spezifizieren. Da sich der Organisationsgrad der einfachen Angestellten in den vergangenen zehn Jahren um 16 Prozent, der der verantwortlichen Angestellten aber um 46 Prozent verringert hat (Tabelle 5), kann angenommen werden, dass der Vertrauensverlust bei den verantwortlichen Angestellten größer ist als bei den einfachen Angestellten. Wie dem auch sei: Die rückläufige Vertrauenszuweisung seitens der Angestellten ist deshalb besonders zu beachten, weil es sich bei den Angestellten immer noch um die größte Mitgliedergruppe handelt: Derzeit sind in Berlin 35 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder Angestellte (Tabelle 4). Ob diese Entwicklung auch in **Brandenburg** auch in Brandenburg stattgefunden hat, ist fraglich. 2002 und 2004 vertrauten den Gewerkschaften unverändert 46 Prozent der organisierten Angestellten (Tabelle 18).

- Unter dem Gesichtspunkt der formalen Qualifikation ist bei der **mittleren Bildungsschicht** das Vertrauen in die Gewerkschaften besonders stark abgeschmolzen (-40%). Bei dieser Schicht ist der Organisationsgrad zwischen 1995 und 2004 um knapp die Hälfte (-48%) gesunken (Tabelle 5). Bei den noch vorhandenen Gewerkschaftsmitgliedern dieses Bildungsgrads besteht auch heute noch ein erhebliches Vertrauensdefizit, bei den Frauen übrigens noch häufiger (-57%) als bei den Männern (-25%). Auch bei den Organisierten mit niedriger Bildung ist der Vertrauensverlust bei den Frauen beträchtlich (-64%), während bei den Männern sogar ein Zuwachs (+15%) zu verzeichnen ist. Wir erinnern daran, dass 1995 noch fast die Hälfte der Gewerkschaftsmitglieder der mittleren Bildungsschicht angehörte, 2004 waren es dann nur noch 31 Prozent (Tabelle 4). In **Brandenburg** ist das Vertrauen in die Gewerkschaften seit 2002 vor allem bei den Gewerkschaftsmitgliedern mit geringer Bildung zurückgegangen, bei den Organisierten mit mittlerer und hoher Bildung haben sich die Werte nur unwesentlich verringert (Tabelle 18).

Bei einigen Mitgliedergruppen in Berlin ist allerdings auch ein **unterdurchschnittlicher Vertrauensverlust** zu verzeichnen, was bedeutet, dass sie im Jahr 2004 den Gewerkschaften überdurchschnittlich viel Vertrauen entgegenbrachten (Tabelle 19)²⁸:

- Das gilt zunächst für die **Männer** (Vertrauensverlust -9%), deren Gewicht innerhalb der Mitgliedschaft der Gewerkschaften in Folge des überdurchschnittlich gesunkenen

28 2004 vertrauten 42% der Organisierten den Gewerkschaften weitgehend bzw. voll und ganz.

Organisationsgrads der Frauen gewachsen ist. 51 Prozent von ihnen sprachen den Gewerkschaften 2004 ihr Vertrauen aus.

- Bei den **18-34jährigen** Mitgliedern hat sich die Vertrauensbekundung gegenüber den Gewerkschaften seit 1995 nicht verändert. 58 Prozent von ihnen vertrauen den Gewerkschaften. Der Anteil dieser Jahrgänge an den Gewerkschaftsmitgliedern ist zwar von 20 Prozent (1995) auf 9 Prozent (2004) geschrumpft (Tabelle 4) - ihr Organisationsgrad ist um 73 Prozent abgestürzt (Tabelle 5) - aber das Vertrauensniveau der (noch) vorhandenen Mitglieder ist relativ hoch.
- Bei den **Beamten** korrespondiert der leicht unterdurchschnittliche Rückgang des Organisationsgrads mit dem geringen Vertrauensverlust der beamteten Gewerkschaftsmitglieder (-4%). Derzeit vertrauen 54 Prozent der organisierten Beamten ihren Gewerkschaften.
- 2004 waren 18 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder **Rentner**. Ihr Anteil an den Organisierten hat sich seit 1995 (17%) kaum verändert (Tabelle 4). Nach den einfachen Angestellten (19%) bilden sie derzeit die zweitgrößte Mitgliedergruppe, noch vor den Facharbeitern (17%) und den verantwortlichen Angestellten (16%). Gleichwohl gelten die Rentner weithin als randständige Mitgliedergruppe, wohl weil sie nicht im Erwerbsleben stehen. Zwischen 1995 und 2004 hat das Vertrauen der organisierten Rentner in die Gewerkschaften unterdurchschnittlich abgenommen (-11%). Trotz der geringen Fallzahlen kann vermutet werden, dass es bei den Männern sogar noch (um über 10%) angewachsen ist, während die Rentnerinnen den Gewerkschaften kaum noch vertrauen (Rückgang deutlich über 70%). Dies dürfte im Zusammenhang mit dem stark gesunkenen Organisationsgrad der weiblichen Rentner (-38%) stehen (Tabelle 7). Insgesamt vertrauen gegenwärtig immerhin noch 56 Prozent der organisierten Rentner ihren Gewerkschaften.
- Bei den **arbeitslosen** Gewerkschaftsmitgliedern scheint das Vertrauen in ihre Organisationen (und übrigens auch das Gefühl der Interessenvertreteneit) zugenommen zu haben. Allerdings können keine gesicherten Daten benannt werden. Da der Organisationsgrad der Arbeitslosen zwischen 1995 und 2004 tief abgestürzt ist (-70%), sind offenbar nur die besonders gewerkschaftstreuen Arbeitslosen bei der Stange geblieben.

- Gewerkschaftsmitglieder mit **hoher Bildung** vertrauen den Gewerkschaften nach wie vor relativ häufig (53%). Bei ihnen beträgt der Vertrauensverlust seit 1995 unterdurchschnittliche 21 Prozent.
- Schließlich bringen die Gewerkschaftsmitglieder, die sich **ideologisch der Linken zu-rechnen**, ihren Organisationen immer noch überdurchschnittlich viel Vertrauen entgegen. Auch bei dieser Gruppe fällt der Vertrauensverlust seit 1995 mit 20 Prozent unterdurchschnittlich aus.
- Hält man in **Brandenburg** Ausschau nach den Mitgliedergruppen, die den Gewerkschaften 2004 relativ viel Vertrauen entgegenbrachten, dann gelangt man fast zu demselben Ergebnis wie in Berlin (Tabelle 18): Es handelt sich um Männer, 18-34jährige, Beamte, Rentner, Arbeitslose, Linke und - anders als in Berlin - um Mitglieder mit geringer Bildung.

9. Zwischenfazit 2

- ▶ Die **instrumentelle Bewertung** der Gewerkschaften durch die Berliner Bevölkerung, also die Beurteilung nach ihrem konkreten Output, ist in den vergangenen zehn Jahren so gut wie unverändert geblieben. An ihrer Leistungsbewertung dürfte es also kaum liegen, dass den Gewerkschaften die Gewinnung von Neumitgliedern so schwer fällt.
- ▶ Gewerkschaftsmitglieder benoten die Leistung der Gewerkschaften besser als Nicht-Mitglieder. Das Verhältnis betrug in Berlin 2004 71 Prozent zu 42 Prozent. Bei den Mitgliedern ist das Urteil in der letzten Dekade allerdings etwas kritischer geworden. Dieser Rückgang ist freilich kaum geeignet, die dramatischen Mitgliederverluste der Berliner Gewerkschaften zu erklären.
- ▶ Die **moralische Beurteilung** der Berliner Gewerkschaften, also die Zuweisung von generalisiertem Vertrauen, hat sich allerdings in den vergangenen zehn Jahren sehr zu ihren Ungunsten entwickelt, und zwar bei Organisierten (-42%) und bei Unorganisierten (-37%).
- ▶ Mit Blick auf die Veränderung der Größenordnungen von instrumenteller und moralischer Bewertung der Gewerkschaften muss angenommen werden, dass ihr Mitgliederschwund vor allem darauf beruht, dass ihre Qualität im Laufe der Jahre immer schlech-

ter beurteilt wurde. Daher sollte sich die geplante Mitgliederkampagne des DGB nicht darauf beschränken, nur das Leistungsangebot der Gewerkschaften zu verbessern.

- ▶ Der Vertrauensverlust der Gewerkschaften signalisiert sowohl Probleme bei der Gewinnung von Neumitgliedern als auch die Gefahr weiterer Abwanderungen bei allen Mitgliedergruppen.
- ▶ Die **Gefahr weiterer Abwanderungen ist besonders groß** bei den weiblichen Mitgliedern, insbesondere bei (einfachen) Arbeiterinnen, Beamtinnen und Rentnerinnen, weiterhin bei den verantwortlichen Angestellten und bei (eher weiblichen als männlichen) Gewerkschaftsmitgliedern, die der mittleren Bildungsschicht angehören.
- ▶ Im Vergleich dazu scheint die Gefahr weiterer Abwanderungen bei folgenden Mitgliedergruppen nicht so groß zu sein:
 - 18-34jährige,
 - Beamte,
 - Rentner (Männer),
 - Arbeitslose,
 - hoch Gebildete sowie
 - Linke.

Allerdings ist zu bedenken, dass die Evaluierung der Gewerkschaften auch bei diesen Gruppen nicht besonders positiv ausfällt.

- ▶ Für **Brandenburg** erlauben die zur Verfügung stehenden Daten auch in diesem Fall keine Aussagen, die sich auf einen längeren Beobachtungszeitraum stützen. Im Großen und Ganzen scheinen sich die Abwanderungstendenzen bei den märkischen Gewerkschaftsmitgliedern aber nicht gravierend von denen bei den Berliner Gewerkschaftern zu unterscheiden.

10. Merkmale der Gewerkschaftssympathisanten

Abschließend gehen wir auf der Basis der Umfragedaten von 2004²⁹ der Frage nach, welche Bevölkerungsgruppen als **Adressaten für eine Neumitgliederkampagne** in Betracht kommen. Dazu teilen wir die Befragten entsprechend ihrer Beurteilung der Gewerkschaften und ihrer organisatorischen Einbindung in unterschiedliche Gruppen ein. Es ergibt sich folgende Typologie:

- Überzeugte Mitglieder:** Mitglieder, die den Gewerkschaften weitgehend oder voll und ganz vertrauen und die angeben, dass die Gewerkschaften ihre Interessen teilweise oder vollständig vertreten. Sie sind aus voller Überzeugung Gewerkschaftsmitglied.
- Kritische Mitglieder:** Übrige Mitglieder.
- Sympathisanten:** Nicht-Mitglieder, die den Gewerkschaften weitgehend oder voll und ganz vertrauen und die angeben, dass die Gewerkschaften ihre Interessen teilweise oder vollständig vertreten.
- Tolerante:** Nicht-Mitglieder, die nicht zu den Sympathisanten zählen, den Gewerkschaften aber dennoch in gewissem Umfang Vertrauen entgegen bringen und sie in gewissem Umfang als ihre Interessenvertretung ansehen.
- Distanzierte:** Übrige Nicht-Mitglieder.

Als potenzielle Gewerkschaftsmitglieder sind in erster Linie die **Sympathisanten** anzusehen, denn sie weisen von allen Nicht-Mitgliedern die größte Affinität zu den Gewerkschaften auf. Die Sympathisanten bewerten die Gewerkschaften in moralischer oder instrumenteller Hinsicht sogar besser als die kritischen, nämlich genauso gut, wie die überzeugten Mitglieder.

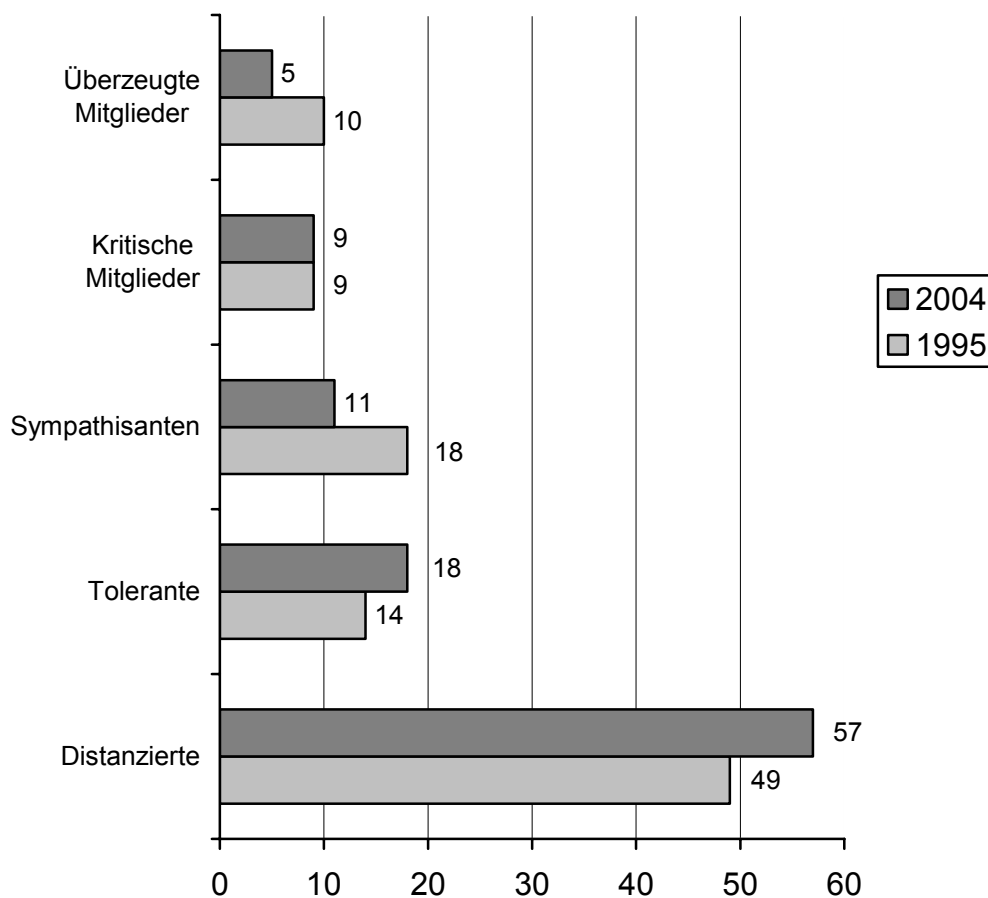
Für eine Neumitgliederkampagne dürfte von Interesse sein, durch welche Merkmale die Sympathisanten gekennzeichnet sind. Als Vergleichsgruppen ziehen wir zum einen die Gewerkschaftsmitglieder und zum anderen die übrigen Nicht-Mitglieder, also die Toleranten und die Distanzierten, heran.

29 Auf Ausnahmen wird explizit verwiesen.

a) Veränderungen in den Gruppengrößen

Der Anteil der überzeugten Mitglieder an der Berliner Bevölkerung ist zwischen 1995 und 2004 um die Hälfte (von 10% auf 5%) zurückgegangen. Der Anteil der kritischen Mitglieder hat sich in diesem Zeitraum dagegen nicht verändert, er beträgt nach wie vor 9 Prozent (Grafik 6). Dies entspricht dem derzeitigen Anteil der kritischen Mitglieder in Brandenburg und auch im Bundesgebiet insgesamt (Tabelle 24). Die überzeugten Gewerkschaftsmitglieder sind in Berlin dagegen relativ dünn gesät. In Brandenburg machen sie heuer 7 Prozent der Bevölkerung aus, ebenso auf der nationalen Ebene.

Grafik 6:
Die Affinität der Berliner Bevölkerung zu den Gewerkschaften 1995 und 2004 (%)



Erklärungsbedürftig ist der Befund, dass (in Berlin) ausgerechnet der Anteil der überzeugten Mitglieder so stark geschrumpft ist. Eigentlich wäre zu erwarten gewesen, dass sich gerade diejenigen gewerkschaftstreu verhalten, die von der Leistungsfähigkeit ihrer Organisationen überzeugt sind und in Treue fest zu ihnen stehen.

Dass dem nicht notwendigerweise immer so ist, wissen wir auch aus der Wahlforschung: Den politischen Parteien (insbesondere der SPD) fällt es unter Umständen wesentlich schwerer, ihre Stammwähler zu mobilisieren, als Wechselwähler zu gewinnen. Wer in voller Überzeugung hinter seiner Organisation steht und sich mit ihr identifiziert, hat eben auch größere Erwartungen an diese Organisation und verfügt auf mittlere Sicht oft auch über eine geringere Frustrationstoleranz³⁰ als Personen, die über eine schwächere Bindung an ihre Organisation verfügen. Starke Identifikation kann in Folge von nachhaltigen Enttäuschungen in heftige Frustration umschlagen. Daher stellt die Pflege der "Stammkundschaft" eine Daueraufgabe aller intermediären Organisationen dar.

Nun aber zu den Gewerkschaftssympathisanten: In Berlin können derzeit 11 Prozent der Befragten (West: 13%, Ost: 9%) als den Gewerkschaften besonders nahe stehend bezeichnet werden, in Brandenburg beträgt der Sympathisantenanteil der Bevölkerung 10 Prozent, im Bundesgebiet insgesamt sogar 14 Prozent (Tabelle 24).

Parallel zu den Mitgliederverlusten in den letzten zehn Jahren ist in Berlin allerdings auch das Sympathisantenpotenzial um über ein Drittel abgeschmolzen (West-Berlin: -24%, Ost-Berlin: -47%). Entsprechend hat sich der Anteil der toleranten und der distanzierenden Nicht-Mitglieder erhöht (Tabellen 24, 25).

b) Sozialstruktur

Vergleicht man die soziale Zusammensetzung der Sympathisanten mit der der übrigen Unorganisierten und mit der der Gewerkschaftsmitglieder, dann ergibt sich für erstere kein klares Profil - weder in Berlin noch in Brandenburg.

30 Frustrationstoleranz meint die Fähigkeit, in einem gewissen Umfang Enttäuschungen hinzunehmen oder vorübergehend auf Belohnungen zu verzichten.

Bemerkenswert ist allerdings, dass die 18-24jährigen die Gewerkschaften in beiden Ländern instrumentell und moralisch relativ gut bewerten. Während ihr Anteil an der (wahlberechtigten) Bevölkerung in Berlin nur 9 Prozent beträgt und ihr Anteil an den Gewerkschaftsmitgliedern verschwindend gering ist, macht der Anteil dieser Altersgruppe an den Sympathisanten 18 Prozent aus. Damit bestätigen sich frühere Befunde, nach denen der Organisationsgrad der unteren Jahrgänge mittlerweile zwar außerordentlich gering ist, dass sie aber teilweise erhebliche Gewerkschaftsneigungen aufweisen.

c) Einstellungen zur Gesellschaftsordnung

In **Berlin** stufen sich die Gewerkschaftssympathisanten genauso häufig links ein wie die Gewerkschaftsmitglieder. Darin besteht eine wichtige Gemeinsamkeit zwischen beiden Gruppen und darin unterscheiden sie sich von den übrigen (toleranten bzw. distanzierten) Nicht-Mitgliedern. Allerdings sind die Sympathisanten im statistischen Mittel noch ein wenig linker eingestellt als die Gewerkschaftsmitglieder, weil letztere etwas öfter in die rechte Mitte bzw. nach rechts tendieren als die Sympathisanten (Tabelle 26).

Von beiden Vergleichsgruppen unterscheiden sich die Sympathisanten dadurch, dass sie

- unsere Gesellschaftsordnung besonders oft für gerecht (und vergleichsweise selten für ungerecht) halten,
- die wirtschaftlichen Zukunftsaussichten ausgesprochen optimistisch beurteilen,
- ihren sozialen Status kaum bedroht sehen
- und dennoch den Grundwert "soziale Gerechtigkeit" stark betonen und sehr selten für neoliberale Ideen ("Marktfreiheit") empfänglich sind.

Diese positive bzw. optimistische Grundhaltung in Bezug auf ihren sozio-ökonomischen Status trifft auch auf die Sympathisanten in **Brandenburg** zu. Sie stufen sich aber noch etwas linker ein als die märkischen Gewerkschaftsmitglieder und erst recht als die übrigen Nicht-Mitglieder, wobei zu beachten ist, dass der Anteil der Linken in Brandenburg generell geringer als in Berlin ist (Tabelle 27).

d) Einstellungen zum politischen System und zur Demokratie

Die **Berliner** Gewerkschaftsmitglieder verfügen über einen beträchtlichen politischen Impetus. Sie interessieren sich vergleichsweise stark für Politik und sind in besonderem Maß von ihren politischen Kompetenzen überzeugt, zeichnen sich also durch erhebliches politisches Selbstbewusstsein aus. Darin unterscheiden sie sich von den Gewerkschaftssympathisanten und von den übrigen Nicht-Mitgliedern (Tabelle 28). Dieser starke politische Impetus fehlt den Sympathisanten, die dem Gewerkschaftsgedanken ansonsten besonders nahe stehen und die Gewerkschaften in instrumenteller und moralischer Hinsicht sogar noch besser beurteilen als die kritischen Mitglieder.

Gemeinsam ist den Berliner Mitgliedern und Sympathisanten die Zufriedenheit mit dem politischen System. Jeweils knapp die Hälfte äußert sich in diesem Sinne, während nur ein Drittel der übrigen Nicht-Mitglieder diese Haltung teilt. Allerdings sind die Organisierten anderthalb Mal so systemverdrossen³¹ wie die Sympathisanten (18% zu 12%). Im statistischen Mittel beurteilen die Sympathisanten das politische System der BRD also etwas besser als die Mitglieder. Da ein Viertel der übrigen Nicht-Mitglieder als systemverdrossen zu bezeichnen ist, besteht die eigentliche Differenz zwischen Mitgliedern bzw. Sympathisanten einerseits und den übrigen Nicht-Mitgliedern andererseits.

Zur Messung von demokratischen Orientierungen wurde der Index "demokratische Überzeugungen" konstruiert, der entsprechende Persönlichkeitsmerkmale, Wertorientierungen und Einstellungen umfasst. Es ergibt sich nahezu dasselbe Bild, wie bei der Beurteilung des politischen Systems: 45 Prozent der Sympathisanten und 43 Prozent der Mitglieder, aber nur 35 Prozent der übrigen Nicht-Mitglieder weisen starke demokratische Überzeugungen auf. Schwache demokratische Überzeugungen finden sich bei 15 Prozent der Sympathisanten, bei 19 Prozent der Mitglieder und bei 30 Prozent der übrigen Nicht-Mitglieder (Tabelle 28). Im Schnitt sind die Sympathisanten also etwas stärker demokratisch überzeugt als die Mitglieder, während die übrigen Nicht-Mitglieder weit dahinter zurückfallen.

31 Als systemverdrossen gelten die Befragten, die sowohl mit den verfassungsrechtlichen Grundlagen als auch mit dem tatsächlichen Funktionieren des Systems unzufrieden sind.

Schon ein kurzer Blick auf die entsprechenden Daten für **Brandenburg** (Tabelle 29) zeigt, dass der Grad der Politisierung in der Mark deutlich geringer als in der Hauptstadt ist³². Weder Gewerkschaftsmitglieder noch Gewerkschaftssympathisanten zeichnen sich hier durch einen besonderen politischen Impetus aus. Und auch hinsichtlich starker demokratischer Überzeugungen herrscht Gleichstand zwischen allen drei Untersuchungsgruppen (rund 25%). Trennscharf ist lediglich die Variable "Beurteilung des politischen Systems". Während die Sympathisanten ein relativ positives Urteil fällen, sind die Mitglieder und die toleranten bzw. distanzierenden Nicht-Mitglieder eher systemkritisch eingestellt.

e) Antidemokratische Einstellungen

Vergleichsweise wenig anfällig für Autoritarismus sind in **Berlin** die Gewerkschaftssympathisanten. Nur 19 Prozent von ihnen sind durch starke autoritäre Überzeugungen geprägt, dagegen 24 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder und sogar 29 Prozent der übrigen Nicht-Mitglieder (Tabelle 30). Auch rechtsextreme Einstellungen finden sich bei den Sympathisanten seltener (6%) als bei den Organisierten (9%) oder gar bei den übrigen Nicht-Mitgliedern (19%). Wahlbereitschaft für eine rechtsextreme Partei bekunden 3 Prozent der Mitglieder, 4 Prozent der Sympathisanten und 7 Prozent der übrigen Nicht-Mitglieder. Die Trennlinie verläuft auch hier zwischen Mitgliedern bzw. Sympathisanten und zwischen den toleranten bzw. distanzierenden Nicht-Mitgliedern, wobei die Sympathisanten zumeist bessere Werte erzielen als die Organisierten.

In **Brandenburg** sind Autoritarismus und mehr noch Rechtsextremismus generell stärker verbreitet und zudem - ähnlich wie bei den Einstellungen zum politischen System und zur Demokratie - über die drei Untersuchungsgruppen hinweg gleichmäßiger verteilt als in Berlin³³. Die Trennlinie verläuft wiederum eher zwischen den Mitgliedern bzw. Sympathisanten und den übrigen Nicht-Mitgliedern, wobei allerdings kein deutlicher Unterschied zwischen Mitgliedern und Sympathisanten erkennbar wird (Tabelle 31).

32 Ein entsprechender Unterschied besteht auch zwischen Ost- und West-Berlin. Er fällt zumeist bei den Gewerkschaftsmitgliedern größer aus als in der Bevölkerung insgesamt. Ein Beispiel: 51 Prozent der Westberliner Gewerkschafter, aber nur 28 Prozent der Ostberliner Gewerkschafter sind stark demokratisch überzeugt. Wenn die Befragten in der Region nach "Wessis" (Wohnort: West-Berlin) und "Ossis" (Wohnort: Ost-Berlin oder Brandenburg) aufgeteilt werden, dann erweisen sich 51 Prozent der "Wessis", aber nur 25 Prozent der "Ossis" als stark demokratisch überzeugt.

33 Starke autoritäre Überzeugungen finden sich in Berlin bei 27 Prozent und in Brandenburg bei 44 Prozent der Befragten, wobei in Berlin kein Ost-West-Unterschied besteht. Rechtsextrem eingestellt sind in Berlin 16 Prozent (West: 15%, Ost: 18%) und in Brandenburg 33 Prozent (EVR: 25%, ÄER: 37%).

10. Zwischenfazit 3

- ▶ Als potenzielle Neumitglieder sind in erster Linie die Gewerkschaftssympathisanten ins Auge zu fassen, also die Gruppe unter den Nicht-Mitgliedern, die die Gewerkschaften besonders gut beurteilen. Ihr Anteil an der Berliner Bevölkerung ist zwischen 1995 und 2004 zwar um 39 Prozent gesunken. **Gegenwärtig sind aber immer noch 11 Prozent der Berliner (und 10% der Brandenburger) als Sympathisanten anzusehen.**
- ▶ In sozialstruktureller Hinsicht weisen die Sympathisanten kein spezielles Profil auf. Bemerkenswert ist freilich, dass die 18-24jährigen in Berlin und Brandenburg besonders stark mit den Gewerkschaften sympathisieren und daher als aussichtsreiche Adressaten für eine Neumitgliederkampagne in Betracht zu ziehen sind.
- ▶ Charakteristische Merkmale der Sympathisanten finden sich jedoch auf der Ebene der **politischen Orientierungen**. Generell gilt für Berlin und Brandenburg, dass dabei die Gemeinsamkeiten zwischen Gewerkschaftsmitgliedern und Gewerkschaftssympathisanten größer sind als die zwischen Gewerkschaftssympathisanten und den übrigen (toleranten bzw. distanzierenden) Nicht-Mitgliedern. Darauf gründet sich die Erwartung, dass es sich bei den **Sympathisanten gewissermaßen um "psychologische Mitglieder"** handelt, die nur den Schritt zur organisatorischen Bindung (noch) nicht vollzogen haben.
- ▶ Was die Sympathisanten von den Mitgliedern und erst recht von den übrigen Nicht-Mitgliedern unterscheidet, sind ihre **Zufriedenheit mit den bestehenden sozio-ökonomischen und politischen Verhältnissen sowie ihre demokratischen Überzeugungen**. Sie neigen (folglich) auch vergleichsweise selten zu Autoritarismus und Rechtsextremismus. Dennoch stufen sie sich ideologisch etwas linker ein und legen größeres Gewicht auf den Grundwert "soziale Gerechtigkeit" als Gewerkschafter.
- ▶ Der Grund dafür, dass die Sympathisanten den Schritt von der "psychologischen" zur tatsächlichen Mitgliedschaft nicht vollzogen haben, obwohl sie mentalitätsmäßig über eine große Affinität zu den Gewerkschaften verfügen, dürfte vor allem darin liegen, **dass die Gewerkschaftsmitglieder hoch politisiert sind**: Sie interessieren sich sehr für Politik und sind von ihren politischen Kompetenzen fest überzeugt. Diese Eigenschaften sind bei den Sympathisanten wesentlich schwächer ausgeprägt. Ihnen fehlt der starke politische Impetus.

- ▶ Die genannten Unterschiede zwischen den drei Vergleichsgruppen im Bereich der politischen Orientierungen gelten eher für Berlin als für Brandenburg. In der Mark fallen der Politisierungsgrad und die Unterstützung der Demokratie geringer aus und trennen die drei Gruppen auch nicht so deutlich wie in Berlin. Hinsichtlich des betont linken Selbstverständnisses, der Zufriedenheit mit dem eigenen sozialen Status, der positiven Beurteilung des politischen Systems und hinsichtlich des Zukunftsoptimismus besteht allerdings kein wesentlicher Unterschied zwischen den Gewerkschaftssympathisanten in beiden Ländern.

12. Schlussfolgerungen

- a) Die Herbeiführung einer Trendwende in der Mitgliederentwicklung bedeutet eine **Doppelaufgabe**, die sich schlagwortartig wie folgt formulieren lässt: "**Abwanderung stoppen - neue Mitglieder gewinnen!**" Notwendig sind im Grunde genommen zwei Kampagnen, die auf zwei verschiedene Adressaten ausgerichtet sind: auf potenzielle Abwanderer unter den Gewerkschaftsmitgliedern und auf Nicht-Mitglieder, die den Gewerkschaften besonders nahe stehen ("Sympathisanten"). Vermutlich bedarf es dafür unterschiedlicher Kommunikationsstrategien. Entscheidend ist, dass es nicht nur um die Gewinnung von Neumitgliedern geht (dieser Eindruck wird oft in der Gewerkschaftspresse vermittelt), sondern auch (und vor allem?) darum, der Mitgliederflucht Einhalt zu gebieten.
- b) Eine Mitgliederkampagne setzt voraus, dass die Gewerkschaften ihr **soziologisches Selbstverständnis klären**: Wollen sie möglichst viele Erwerbstätige organisieren oder möglichst viele Personen? Verstehen sie sich als Interessenvertretung der "Werkstätigen" oder als Gemeinschaft von Menschen mit übereinstimmenden Wertorientierungen? Im Grunde genommen scheidet die erstgenannte Möglichkeit aus. Denn derzeit sind nur rund zwei Drittel der Gewerkschaftsmitglieder erwerbstätig. Die restlichen 2,3 Mio DGB-Mitglieder in Deutschland wird im ernst niemand als Mitglieder zweiter Klasse abwerten wollen. Deren Bezeichnung als "Inaktive" ist im Übrigen irreführend. Denn etwa ein Fünftel der Mitglieder auf Bundesebene, die 2003 eine ehrenamtliche oder hauptamtliche Funktion in den Gewerkschaften innehatten, zählten entweder zu den Erwerbslosen oder zu den Nichterwerbspersonen. In diesem Zusammenhang sei daran

erinnert, dass die Rentner derzeit in Berlin nach den einfachen Angestellten und noch vor den Facharbeitern die zweitgrößte Mitgliedergruppe bilden und sich bislang als ziemlich gewerkschaftstreu erwiesen haben. **Kommen die Personen, die nicht aktiv im Berufsleben stehen, auch nicht als wichtige Zielgruppe bei der Gewinnung von neuen Mitgliedern in Betracht, so spielen sie doch bei der Stabilisierung des Mitgliederbestands eine nicht zu unterschätzende Rolle.**

- c) Der Rückgang des gewerkschaftlichen Organisationsgrads betrifft die verschiedenen sozialen Gruppen (auch die Berufsgruppen) in unterschiedlicher Intensität. Bei manchen Gruppen fällt er besonders heftig aus, bei anderen schwächer, bei einigen nur geringfügig. Bei den Selbständigen hat er sogar (um immerhin 67%) zugenommen. Es existiert also **keine Pfadlogik, die besagt**, dass der sozio-ökonomische Wandel und der Machtverlust der Gewerkschaften notwendigerweise und generell dazu führen, **dass immer weniger Menschen bereit sind, sich gewerkschaftlich zu binden**. In diesem Zusammenhang ist daran zu erinnern, dass der Organisationsgrad bei den nicht Erwerbstätigen doppelt so stark gesunken ist (-42%) wie bei den Erwerbstätigen (-20%). Daher ist es richtig, dass die Gewerkschaften ihren Mitgliederschwund nicht (nur) auf externe Ursachen zurückführen, sondern die Ursachen bei sich selbst suchen und darüber nachdenken, wie sie ihr **Angebot optimieren**, wie sie den Erwartungen ihrer - potenziellen - Mitglieder gerecht werden können.
- d) Bei der Optimierung des Angebots ist Zweierlei zu berücksichtigen: Erstens sind die Erwartungen der Mitglieder nicht unbedingt identisch mit denen der Sympathisanten. Zweitens beziehen sich die Erwartungen beider Adressaten weniger auf instrumentelle, sondern vor allem auf moralische Aspekte des gewerkschaftlichen Leistungsangebots. **Im Zentrum beider Kampagnen sollte also die Vertrauensbildung stehen.**
- e) Vorausgesetzt, die Gewerkschaften verstehen sich soziologisch als differenzierte Teilsellschaften mit einer komplexen sozialen Basis, dann lauern bei allen Mitgliedergruppen Abwanderungstendenzen, und dann sind alle Abwanderungstendenzen prinzipiell als bedrohlich einzustufen. **Angesichts knapper Ressourcen wird sich eine Zielgruppenstrategie zur Stabilisierung des Mitgliederbestands auf einige ausgewählte Projekte konzentrieren müssen**, in der Hoffnung, dass damit Ausstrahlungseffekte auf die übrigen Problemgruppen verbunden sind.

- f) Als Zielgruppen für die Stabilisierung des Mitgliederbestands kommen in erster Linie **Frauen** (speziell Arbeiterinnen, arbeitslose Frauen und an Rentnerinnen) in Betracht, weiterhin Rentner und Arbeitslose. Da **Gewerkschaftssympathisanten** kein spezielles sozialstrukturelles Profil aufweisen, sind sie **insgesamt als Zielgruppe anzusprechen**. Adressaten eines übergreifenden Projekts, das sich sowohl an Organisierte als auch an potenzielle Mitglieder wendet, könnten **junge Leute** sein. Bei den jüngeren Altersgruppen ist der Organisationsgrad in den letzten zehn Jahren dramatisch gesunken, sie sympathisieren gegenwärtig aber besonders stark mit den Gewerkschaften.

Tabellen

Tabelle 1: Die Zusammensetzung der Gewerkschaftsmitglieder (ORG) und der Nicht- Mitglieder (UNORG) nach Erwerbsstatus in Berlin (2004) und in der Bundesrepublik insgesamt (2003) (%)^{a)}				
	Berlin 2004		BRD 2003 ^{b)}	
	ORG	UNORG	ORG	UNORG
Arbeitslose	4	9	4	6
Einfache Arbeiter	6	4	10	3
Facharbeiter	17	5	23	9
Einfache Angestellte	19	11	12	13
Verantwortliche Angestellte	16	13	14	12
Beamte	9	3	6	2
Selbständige	4	5	2	7
Rentner	18	24	23	28
Sonstige Nichterwerbspersonen	7	26	6	20

- a) Diese Tabelle weist ausnahmsweise Befragungsergebnisse von Personen ab 16 Jahren aus, darunter auch Ausländer.
- b) Datenquelle: Projekt "Gewerkschaften und Rechtsextremismus"; FUB - FB PolSoz; N = 4008 (darunter 2006 Gewerkschaftsmitglieder); April 2003; forsa.

Tabelle 2: Der gewerkschaftliche Organisationsgrad der Erwerbsgruppen in Berlin (2004) und in der Bundesrepublik insgesamt (2003) (%)		
	Berlin 2004	BRD 2003 ^{a)}
Arbeitslose	6	13
Einfache Arbeiter	20	35
Facharbeiter	33	34
Einfache Angestellte	21	15
Verantwortliche Angestellte	15	19
Beamte	28	33
Selbständige	10	4
Rentner	10	14
Sonstige Nichterwerbspersonen	5	5
Alle Befragten (Durchschnitt)	14	16

- a) Datenquelle: Projekt "Gewerkschaften und Rechtsextremismus"; FUB - FB PolSoz; N = 4008 (darunter 2006 Gewerkschaftsmitglieder); April 2003; forsa.

Tabelle 3: Der Anteil der Gewerkschaftsmitglieder an den Wahlberechtigten in der Region Berlin - Brandenburg 1990 bis 2004 (%) sowie prozentuale Abweichungen 2004 gegenüber 1995 (nur für Berlin)						
	Berlin			Brandenburg		
	Insges.	West	Ost	Insges.	EVR	ÄER
1990	44	25	73	*	*	*
1995	20	18	22	*	*	*
1997	17	18	16	*	*	*
2000	16	16	15	14	12	15
2002	15	16	15	18	17	19
2004	14	15	12	17	15	18
Diff 95-04	-30	-17	-45			

Tabelle 4: Die soziale Zusammensetzung und die ideologische Selbstverortung der Gewerkschaftsmitglieder in Berlin 1995 und 2004 (%)		
	1995	2004
-34 Jahre	20	9
35-54 Jahre	49	54
55 und älter	31	37
Arbeitslose	6	4
Einfache Arbeiter	5	6
Facharbeiter	14	17
Einfache Angestellte	24	19
Verantwortliche Angestellte	21	16
Beamte	8	9
Selbständige	2	4
Rentner	17	18
Sonstige Nichterwerbspersonen	3	7
Niedrige Bildung	27	40
Mittlere Bildung	46	31
Hohe Bildung	27	29
Links	33	48
Mitte-Links	49	32
Mitte-Rechts	14	17
Rechts	4	3

Lesebeispiel: 1995 befanden sich 20 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder im Alter zwischen 18 und 34 Jahren. Bis 2004 hat sich der Anteil dieser Jahrgänge an der Mitgliedschaft auf 9 Prozent verringert.

Tabelle 5: Der gewerkschaftliche Organisationsgrad von ausgewählten sozialen Gruppen in Berlin 1995 und 2004 (%) sowie prozentuale Abweichungen 2004 gegenüber 1995			
	1995	2004	Diff 1995-2004
Männer	22	17	-23
Frauen	17	10	-41
-34 Jahre	15	+4	-73
35-54 Jahre	24	20	-17
55 und älter	18	14	-22
Arbeitslose	20	6	-70
Einfache Arbeiter	28	20	-29
Facharbeiter	36	33	-8
Einfache Angestellte	25	21	-16
Verantwortliche Angestellte	28	15	-46
Beamte	39	28	-28
Selbständige	6	10	+67
Rentner	13	10	-23
Sonstige Nichterwerbspersonen	5	5	0
Niedrige Bildung	18	14	-22
Mittlere Bildung	23	12	-48
Hohe Bildung	17	17	0
Links	25	17	-32
Mitte-Links	19	9	-53
Mitte-Rechts	17	16	-6
Rechts	11	8	-27
Alle Befragten (Durchschnitt)	20	14	-30

Lesebeispiel: 1995 waren 22 Prozent der Männer in Berlin gewerkschaftlich organisiert. 2004 waren es nur noch 17 Prozent. Der Organisationsgrad der Männer hat sich also um 23 Prozent vermindert. Da der gewerkschaftliche Organisationsgrad in dieser Zeit insgesamt um 30 Prozent zurückgegangen ist, hat sich der Organisationsgrad der Männer also deutlich unterdurchschnittlich abgeschwächt.

Tabelle 6: Der gewerkschaftliche Organisationsgrad von ausgewählten sozialen Gruppen in Brandenburg 2002 und 2004 (%) sowie prozentuale Abweichungen 2004 gegenüber 2002			
	2002	2004	Diff 2002-2004
Männer	19	17	-11
Frauen	18	17	-6
-34 Jahre	8	10	+25
35-54 Jahre	25	22	-12
55 und älter	16	15	-6
Arbeitslose	21	16	-24
Einfache Arbeiter	18	19	+6
Facharbeiter	32	28	-13
Einfache Angestellte	20	16	-20
Verantwortliche Angestellte	29	21	-28
Beamte	33	33	0
Selbständige	0	3	*
Rentner	12	12	0
Sonstige Nichterwerbspersonen	6	12	+100
Niedrige Bildung	16	15	-6
Mittlere Bildung	22	21	-5
Hohe Bildung	14	14	0
Links	19	18	-5
Mitte-Links	19	18	-5
Mitte-Rechts	14	6	-57
Rechts	13	18	+38
Alle Befragten (Durchschnitt)	18	17	-6

Lesebeispiel: 2002 waren 19 Prozent der Männer in Brandenburg gewerkschaftlich organisiert. 2004 waren es nur noch 17 Prozent. Der Organisationsgrad der Männer hat sich also um 11 Prozent vermindert.

Tabelle 7: Der gewerkschaftliche Organisationsgrad von ausgewählten Erwerbsgruppen nach Geschlecht in Berlin 1995 und 2004 (%) sowie prozentuale Abweichungen 2004 gegenüber 1995			
	1995	2004	Diff 1995-2004
Arbeitslose	20	6	-70
Männer	20	7	-65
Frauen	19	5	-74
Arbeiter	34	28	-18
Männer	34	32	-6
Frauen	34	14	-59
Angestellte	26	18	-31
Männer	27	14	-48
Frauen	26	20	-23
Beamte	39	28	-28
Männer	34	41	+21
Frauen	47	19	-60
Rentner	13	10	-23
Männer	21	19	-10
Frauen	8	5	-38

Lesebeispiel: 1995 waren 20 Prozent der männlichen Arbeitslosen in Berlin gewerkschaftlich organisiert. 2004 waren es nur noch 7 Prozent. Der Organisationsgrad der arbeitslosen Männer hat sich also um 65 Prozent vermindert. Der gewerkschaftliche Organisationsgrad der weiblichen Arbeitslosen ist in diesem Zeitraum sogar um 74 Prozent zurückgegangen.

Tabelle 8: Interessenvertreteneheit durch Gewerkschaften in Berlin und Brandenburg 2002 und 2004 (%)				
	Berlin		Brandenburg	
	2002	2004	2002	2004
Stehen Interessen vollständig entgegen	7	12	6	10
Stehen Interessen teilweise entgegen	16	19	11	19
Weder - noch	26	23	27	22
Vertreten Interessen teilweise	41	40	45	39
Vertreten Interessen vollständig	10	6	11	10

Frage: "Sagen Sie mir nun bitte, ob die Gewerkschaften Ihre Interessen vertreten oder ob sie Ihren Interessen entgegenstehen."

Tabelle 9: Interessenvertreteneheit durch Gewerkschaften in West- und Ost-Berlin 2002 und 2004 (%)				
	West-Berlin		Ost-Berlin	
	2002	2004	2002	2004
Stehen Interessen vollständig entgegen	8	14	6	9
Stehen Interessen teilweise entgegen	18	18	13	20
Weder - noch	25	22	27	24
Vertreten Interessen teilweise	37	40	46	41
Vertreten Interessen vollständig	12	6	8	6

Frage: "Sagen Sie mir nun bitte, ob die Gewerkschaften Ihre Interessen vertreten oder ob sie Ihren Interessen entgegenstehen."

Tabelle 10: Interessenvertreteneheit durch Gewerkschaften bei Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern in Berlin 2002 und 2004 (%)				
	Mitglieder		Nicht-Mitglieder	
	2002	2004	2002	2004
Stehen Interessen vollständig entgegen	1	6	8	13
Stehen Interessen teilweise entgegen	16	14	16	20
Weder - noch	10	9	29	25
Vertreten Interessen teilweise	53	54	38	38
Vertreten Interessen vollständig	20	17	9	4

Frage: "Sagen Sie mir nun bitte, ob die Gewerkschaften Ihre Interessen vertreten oder ob sie Ihren Interessen entgegenstehen."

Tabelle 11: Interessenvertreteneheit durch Gewerkschaften bei Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern in Brandenburg 2002 und 2004 (%)				
	Mitglieder		Nicht-Mitglieder	
	2002	2004	2002	2004
Stehen Interessen vollständig entgegen	1	3	7	12
Stehen Interessen teilweise entgegen	5	9	13	22
Weder - noch	15	12	30	23
Vertreten Interessen teilweise	50	51	43	37
Vertreten Interessen vollständig	29	25	7	6

Frage: "Sagen Sie mir nun bitte, ob die Gewerkschaften Ihre Interessen vertreten oder ob sie Ihren Interessen entgegenstehen."

Tabelle 12: Interessenvertreteneit durch Gewerkschaften bei ausgewählten sozialen Gruppen von Gewerkschaftsmitgliedern in Berlin und Brandenburg 2002 und 2004 (%)				
	Berlin		Brandenburg	
	2002	2004	2002	2004
Männer	65	76	79	81
Frauen	80	64	81	71
18-34	67	73	75	77
35-44	[75]	85	82	81
45-54	67	63	83	75
55-64	82	76	75	68
65 und älter	80	65	77	[75]
Arbeitslose	[72]	[85]	[72]	[85]
Arbeiter	53	65	76	82
Angestellte	81	69	82	70
Beamte	81	75	[87]	[74]
Rentner	81	72	78	[77]
Niedrige Bildung	72	72	83	82
Mittlere Bildung	70	74	82	77
Hohe Bildung	76	67	68	63
Links	73	86	83	86
Mitte-Links	75	61	79	70
Mitte-Rechts	75	81	[83]	[77]
Rechts	+	+	+	+
Alle Befragten (Durchschnitt)	73	71	80	77

Frage: "Sagen Sie mir nun bitte, ob die Gewerkschaften Ihre Interessen vertreten oder ob sie Ihren Interessen entgegenstehen." Ausgewiesen: Vertreten Interessen teilweise bzw. vollständig.

Lesebeispiel: 2002 sagten in Berlin 65 Prozent der organisierten Männer, dass die Gewerkschaften ihre Interessen teilweise bzw. vollständig vertreten. 2004 sagten das sogar 76 Prozent der männlichen Gewerkschaftsmitglieder in der Hauptstadt.

[] Bei Fallzahlen knapp unterhalb der Toleranzmarke wird der Durchschnittswert für die Region Berlin-Brandenburg in eckigen Klammern angegeben.

Tabelle 13: Interessenvertreteneit durch Gewerkschaften bei ausgewählten sozialen Gruppen von Gewerkschaftsmitgliedern in Berlin 1995 und 2004 (%) sowie prozentuale Abweichungen 2004 gegenüber 1995

	1995	2004	Diff 1995-2004
Männer	77	76	-1
Frauen	80	64	-20
18-34	78	73	-6
35-44	76	85	+12
45-54	79	63	-20
55-64	81	76	-6
65 und älter	79	65	-18
Arbeitslose	67	+	*
Arbeiter	75	65	-13
Angestellte	81	69	-15
Beamte	88	75	-16
Rentner	80	72	-10
Niedrige Bildung	77	72	-6
Mittlere Bildung	76	74	-3
Hohe Bildung	83	67	-19
Links	80	86	+8
Mitte-Links	78	61	-22
Mitte-Rechts	75	81	+8
Rechts	86	+	*
Alle Befragten (Durchschnitt)	78	71	-9

Frage: "Sagen Sie mir nun bitte, ob die Gewerkschaften Ihre Interessen vertreten oder ob sie Ihren Interessen entgegenstehen." Ausgewiesen: Vertreten Interessen teilweise bzw. vollständig.

Lesebeispiel: 1995 sahen in Berlin 77 Prozent der männlichen Gewerkschaftsmitglieder ihre Interessen von den Gewerkschaften teilweise bzw. vollständig vertreten. 2004 war das noch bei 76 Prozent der organisierten Männer der Fall. Bei den Gewerkschaftsmännern hat sich das Gefühl der Interessenvertreteneit mithin nur um ein Prozent verringert. Dieser Wert liegt deutlich unter dem durchschnittlichen Rückgang um 9 Prozent.

Tabelle 14: Vertrauen in Gewerkschaften in Berlin und Brandenburg 2002 und 2004 (%)				
	Berlin		Brandenburg	
	2002	2004	2002	2004
Vertraue überhaupt nicht	11	18	12	18
Vertraue eher nicht	17	21	11	19
Vertraue teilweise	46	38	47	40
Vertraue weitgehend	22	19	24	17
Vertraue voll und ganz	4	4	6	6

Frage: "Unabhängig davon, ob Sie Mitglied in einer Gewerkschaft sind oder nicht, würde ich nun gerne wissen, ob Sie den Gewerkschaften vertrauen."

Tabelle 15: Vertrauen in Gewerkschaften in West- und Ost-Berlin 2002 und 2004 (%)				
	West-Berlin		Ost-Berlin	
	2002	2004	2002	2004
Vertraue überhaupt nicht	13	19	9	16
Vertraue eher nicht	16	20	18	23
Vertraue teilweise	45	37	46	41
Vertraue weitgehend	22	20	23	17
Vertraue voll und ganz	4	4	4	3

Frage: "Unabhängig davon, ob Sie Mitglied in einer Gewerkschaft sind oder nicht, würde ich nun gerne wissen, ob Sie den Gewerkschaften vertrauen."

Tabelle 16: Vertrauen in Gewerkschaften bei Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern in Berlin 2002 und 2004 (%)				
	Mitglieder		Nicht-Mitglieder	
	2002	2004	2002	2004
Vertraue überhaupt nicht	1	4	13	20
Vertraue eher nicht	7	7	19	24
Vertraue teilweise	44	47	46	37
Vertraue weitgehend	40	31	19	17
Vertraue voll und ganz	8	11	3	2

Frage: "Unabhängig davon, ob Sie Mitglied in einer Gewerkschaft sind oder nicht, würde ich nun gerne wissen, ob Sie den Gewerkschaften vertrauen."

Tabelle 17: Vertrauen in Gewerkschaften Bei Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern in Brandenburg 2002 und 2004 (%)				
	Mitglieder		Nicht-Mitglieder	
	2002	2004	2002	2004
Vertraue überhaupt nicht	1	5	14	20
Vertraue eher nicht	6	12	13	20
Vertraue teilweise	42	38	49	41
Vertraue weitgehend	38	28	20	15
Vertraue voll und ganz	13	17	4	4

Frage: "Unabhängig davon, ob Sie Mitglied in einer Gewerkschaft sind oder nicht, würde ich nun gerne wissen, ob Sie den Gewerkschaften vertrauen."

Tabelle 18: Vertrauen in Gewerkschaften bei ausgewählten sozialen Gruppen von Gewerkschaftsmitgliedern in Berlin und Brandenburg 2002 und 2004 (%)

	Berlin		Brandenburg	
	2002	2004	2002	2004
Männer	51	51	47	52
Frauen	46	27	56	39
18-34	[61]	58	[61]	55
35-44	43	44	[40]	44
45-54	40	35	50	37
55-64	59	39	49	41
65 und älter	67	50	62	67
Arbeitslose	[39]	[65]	[39]	[65]
Arbeiter	43	26	48	33
Angestellte	51	40	46	46
Beamte	+	54	+	[48]
Rentner	59	56	54	62
Niedrige Bildung	44	43	64	50
Mittlere Bildung	44	33	45	43
Hohe Bildung	66	53	44	42
Links	53	55	62	62
Mitte-Links	49	44	51	40
Mitte-Rechts	31	32	[39]	[36]
Rechts	+	+	+	+
Alle Befragten (Durchschnitt)	48	42	51	45

Frage: "Unabhängig davon, ob Sie Mitglied in einer Gewerkschaft sind oder nicht, würde ich nun gerne wissen, ob Sie den Gewerkschaften vertrauen." Ausgewiesen: Vertraue weitgehend bzw. voll und ganz.

Lesebeispiel: 2002 vertrauten in Berlin 51 Prozent der männlichen Gewerkschaftsmitglieder den Gewerkschaften weitgehend bzw. voll und ganz. 2004 taten das ebenfalls 51 Prozent der organisierten Männer in Berlin.

[] Bei Fallzahlen knapp unterhalb der Toleranzmarke wird der Durchschnittswert für die Region Berlin-Brandenburg in eckigen Klammern angegeben.

Tabelle 19: Vertrauen in Gewerkschaften bei ausgewählten sozialen Gruppen von Gewerkschaftsmitgliedern in Berlin 1995 und 2004 (%) sowie prozentuale Abweichungen 2004 gegenüber 1995

	1995	2004	Diff 1995-2004
Männer	56	51	-9
Frauen	58	27	-53
18-34	58	58	0
35-44	56	44	-21
45-54	53	35	-34
55-64	59	39	-34
65 und älter	65	50	-23
Arbeitslose	54	+	*
Arbeiter	51	26	-49
Angestellte	58	40	-31
Beamte	56	54	-4
Rentner	63	56	-11
Niedrige Bildung	49	43	-12
Mittlere Bildung	55	33	-40
Hohe Bildung	67	53	-21
Links	69	55	-20
Mitte-Links	53	44	-17
Mitte-Rechts	40	32	-20
Rechts	64	+	*
Alle Befragten (Durchschnitt)	57	42	-26

Frage: "Unabhängig davon, ob Sie Mitglied in einer Gewerkschaft sind oder nicht, würde ich nun gerne wissen, ob Sie den Gewerkschaften vertrauen." Ausgewiesen: Vertraue weitgehend bzw. voll und ganz.

Lesebeispiel: 1995 vertrauten in Berlin 56 Prozent der männlichen Gewerkschaftsmitglieder den Gewerkschaften weitgehend bzw. voll und ganz. 2004 taten das nur noch 51 Prozent der organisierten Männer. Bei den Gewerkschaftsmännern ist mithin ein Vertrauensverlust von 9 Prozent zu verzeichnen. Da der durchschnittliche Vertrauensverlust bei Gewerkschaftsmitgliedern 26 Prozent beträgt, fällt der Rückgang bei den Männern stark unterdurchschnittlich aus.

Tabelle 20: Interessenvertreteneit durch Gewerkschaften bei ausgewählten sozialen Gruppen in Berlin und Brandenburg 2002 und 2004 (%)				
	Berlin		Brandenburg	
	2002	2004	2002	2004
Männer	50	47	53	51
Frauen	52	46	59	47
18-24	58	52	53	55
25-34	47	43	61	54
35-44	56	52	54	49
45-54	52	48	59	49
55-64	53	46	62	46
65-74	44	34	47	45
75-	36	45	44	48
Arbeitslose	46	48	66	43
Einfache Arbeiter	55	72	53	70
Facharbeiter	52	63	66	56
Einfache Angestellte	70	54	64	56
Verantwortliche Angestellte	49	46	59	48
Beamte	59	53	73	60
Selbständige	21	24	21	24
Rentner	45	37	49	44
Niedrige Bildung	53	46	56	47
Mittlere Bildung	49	46	59	53
Hohe Bildung	47	46	54	41
Alle Befragten (Durchschnitt)	51	46	56	49

Frage: "Sagen Sie mir nun bitte, ob die Gewerkschaften Ihre Interessen vertreten oder ob sie Ihren Interessen entgegenstehen." Ausgewiesen: Vertreten Interessen teilweise bzw. vollständig. **Fett:** überdurchschnittliche Anteile (Abweichungen von mindestens 10% vom Durchschnitt).

Lesebeispiel: 2002 sagten in Berlin 50 Prozent der befragten Männer, dass die Gewerkschaften ihre Interessen teilweise bzw. vollständig vertreten. 2004 sagten das nur noch 47 Prozent der Männer.

Tabelle 21: Vertrauen in Gewerkschaften bei ausgewählten sozialen Gruppen in Berlin und Brandenburg 2002 und 2004 (%)				
	Berlin		Brandenburg	
	2002	2004	2002	2004
Männer	30	25	29	25
Frauen	23	20	30	22
18-24	33	24	38	32
25-34	28	22	29	23
35-44	31	28	27	20
45-54	24	20	27	21
55-64	22	22	29	28
65-74	26	21	35	20
75-	15	20	27	30
Arbeitslose	21	20	25	28
Einfache Arbeiter	33	23	25	39
Facharbeiter	38	16	38	18
Einfache Angestellte	29	23	27	24
Verantwortliche Angestellte	26	22	31	20
Beamte	28	33	38	25
Selbständige	11	23	18	14
Rentner	22	22	31	26
Niedrige Bildung	24	21	33	24
Mittlere Bildung	28	19	27	22
Hohe Bildung	27	29	29	22
Alle Befragten (Durchschnitt)	26	23	30	23

Frage: "Unabhängig davon, ob Sie Mitglied in einer Gewerkschaft sind oder nicht, würde ich nun gerne wissen, ob Sie den Gewerkschaften vertrauen." Ausgewiesen: Vertraue weitgehend bzw. voll und ganz. **Fett:** überdurchschnittliche Anteile (Abweichungen von mindestens 10% vom Durchschnitt).

Lesebeispiel: 2002 vertrauten in Berlin 30 Prozent der befragten Männer den Gewerkschaften weitgehend bzw. voll und ganz. 2004 taten das nur noch 25 Prozent der Männer.

Tabelle 22: Interessenvertreteneheit durch Gewerkschaften bei Gewerkschaftsmitgliedern in Berlin und Brandenburg (2004) sowie in West- und Ostdeutschland (2003)^{a)} (%)				
	Berlin	Brbg	West	Ost
Stehen Interessen vollständig entgegen	6	3	1	1
Stehen Interessen teilweise entgegen	14	9	12	9
Weder - noch	9	12	9	10
Vertreten Interessen teilweise	54	51	57	55
Vertreten Interessen vollständig	17	25	21	25

Frage: "Sagen Sie mir nun bitte, ob die Gewerkschaften Ihre Interessen vertreten oder ob sie Ihren Interessen entgegenstehen."

a) Datenquelle: Projekt "Gewerkschaften und Rechtsextremismus"; FUB - FB PolSoz; N = 4008 (darunter 2006 Gewerkschaftsmitglieder); April 2003; forsa.

Tabelle 23: Vertrauen in Gewerkschaften bei Gewerkschaftsmitgliedern in Berlin und Brandenburg (2004) sowie in West- und Ostdeutschland (2003)^{a)} (%)				
	Berlin	Brbg	West	Ost
Vertraue überhaupt nicht	4	5	3	2
Vertraue eher nicht	7	12	11	6
Vertraue teilweise	47	38	41	42
Vertraue weitgehend	31	28	35	39
Vertraue voll und ganz	11	17	10	11

Frage: "Unabhängig davon, ob Sie Mitglied in einer Gewerkschaft sind oder nicht, würde ich nun gerne wissen, ob Sie den Gewerkschaften vertrauen."

a) Datenquelle: Projekt "Gewerkschaften und Rechtsextremismus"; FUB - FB PolSoz; N = 4008 (darunter 2006 Gewerkschaftsmitglieder); April 2003; forsa.

Tabelle 24: Die Affinität der Bevölkerung zu den Gewerkschaften in Berlin (1995-2004), Brandenburg (2002-2004) sowie in der Bundesrepublik insgesamt (2003) (%)						
	Berlin			Brandenburg		BRD ^{a)}
	1995	2002	2004	2002	2004	2003
Überzeugte Mitglieder	10	7	5	8	7	7
Kritische Mitglieder	9	8	9	10	10	9
Sympathisanten (Nicht-Mitglieder)	18	12	11	13	10	14
Tolerante (Nicht-Mitglieder)	14	22	18	23	19	22
Distanzierte (Nicht-Mitglieder)	49	51	57	46	54	48

a) Datenquelle: Projekt "Gewerkschaften und Rechtsextremismus"; FUB - FB PoSoz; N = 4008 (darunter 2006 Gewerkschaftsmitglieder); April 2003; forsa.

Tabelle 25: Die Affinität der Westberliner und der Ostberliner zu den Gewerkschaften 1995 und 2004 (%) sowie prozentuale Abweichungen 2004 gegenüber 1995						
	West-Berlin			Ost-Berlin		
	1995	2004	Diff 95-04	1995	2004	Diff 95-04
Überzeugte Mitglieder	9	5	-44	12	4	-67
Kritische Mitglieder	9	10	+11	10	8	-20
Sympathisanten (Nicht-Mitglieder)	17	13	-24	17	9	-47
Tolerante (Nicht-Mitglieder)	15	16	+7	13	20	+54
Distanzierte (Nicht-Mitglieder)	50	56	+12	48	59	+23

Tabelle 26: Einstellungen zur Gesellschaftsordnung von Gewerkschaftsmitgliedern, Gewerkschaftssympathisanten und übrigen Nicht-Mitgliedern in Berlin 2004 (%)			
	Mitglieder	Sympathisanten	Übrige Nicht-Mitglieder
Links-Rechts-Selbsteinstufung			
Links	48	48	33
Mitte-Links	32	39	47
Mitte-Rechts	17	11	14
Rechts	3	2	6
Eigene gesellschaftliche Stellung			
Eher benachteiligt	16	17	22
Eher bevorzugt	13	11	15
Sehr starke Befürwortung des Werts "soziale Gerechtigkeit"	31	36	26
Sehr starke Befürwortung des Werts "Marktfreiheit"	14	9	14
Unsere Gesellschaftsordnung ist			
Eher gerecht	21	42	28
Eher ungerecht	63	39	52
Wirtschaftliche Zukunftsaussichten			
Optimisten	28	40	31
Pessimisten	60	52	55
Bedrohung des eigenen sozialen Status			
Gering	19	33	26
Mittel/Stark	47	33	40

Lesebeispiel: Auf einer Skala, die von "sehr schwach" bis "sehr stark" reicht, befürworten in Berlin 31 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder, 36 Prozent der Gewerkschaftssympathisanten und 26 Prozent der übrigen Nicht-Mitglieder den Wert "soziale Gerechtigkeit" sehr stark.

Tabelle 27: Einstellungen zur Gesellschaftsordnung von Gewerkschaftsmitgliedern, Gewerkschaftssympathisanten und übrigen Nicht-Mitgliedern in Brandenburg 2004 (%)			
	Mitglieder	Sympathisanten	Übrige Nicht-Mitglieder
Links-Rechts-Selbsteinstufung			
Links	29	34	26
Mitte-Links	61	49	55
Mitte-Rechts	4	16	14
Rechts	6	1	6
Eigene gesellschaftliche Stellung			
Eher benachteiligt	37	19	28
Eher bevorzugt	6	7	6
Sehr starke Befürwortung des Werts "soziale Gerechtigkeit"	33	31	33
Sehr starke Befürwortung des Werts "Marktfreiheit"	13	16	14
Unsere Gesellschaftsordnung ist			
Eher gerecht	15	32	16
Eher ungerecht	64	52	62
Wirtschaftliche Zukunftsaussichten			
Optimisten	43	53	38
Pessimisten	47	39	45
Bedrohung des eigenen sozialen Status			
Gering	19	34	20
/Mittel/Stark	47	35	40

Lesebeispiel: In Brandenburg halten 15 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder unsere Gesellschaftsordnung für eher gerecht und 64 Prozent sagen, sie sei eher ungerecht. (Die restlichen 21 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder haben mit "teils-teils" geantwortet.)

Tabelle 28: Einstellungen zum politischen System und zur Demokratie von Gewerkschaftsmitgliedern, Gewerkschaftssympathisanten und übrigen Nicht-Mitgliedern in Berlin 2004 (%)			
	Mitglieder	Sympathisanten	Übrige Nicht-Mitglieder
Beurteilung des politischen Systems			
Zufrieden	45	48	33
Politikverdrossen	37	40	41
Systemverdrossen	18	12	26
Sehr starkes politisches Interesse	36	21	21
Sehr starkes politisches Selbstbewusstsein	43	32	30
Demokratische Überzeugungen			
Schwach	19	15	30
Mittel	38	40	35
Stark	43	45	35

Lesebeispiel: In Berlin sind 45 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder mit dem politischen System rundum zufrieden, 37 sind zwar mit den verfassungsrechtlichen Grundlagen des Systems zufrieden, kritisieren aber die Funktionsweise des Systems, insbesondere Parteien und Politiker ("politikverdrossen"), und weitere 18 Prozent der Organisierten sind sowohl mit den verfassungsrechtlichen Grundlagen als auch mit dem Funktionen des Systems unzufrieden ("systemverdrossen").

Tabelle 29: Einstellungen zum politischen System und zur Demokratie von Gewerkschaftsmitgliedern, Gewerkschaftssympathisanten und übrigen Nicht-Mitgliedern in Brandenburg 2004 (%)			
	Mitglieder	Sympathisanten	Übrige Nicht-Mitglieder
Beurteilung des politischen Systems			
Zufrieden	16	31	21
Politikverdrossen	47	52	43
Systemverdrossen	37	17	36
Sehr starkes politisches Interesse	17	13	15
Sehr starkes politisches Selbstbewusstsein	22	19	23
Demokratische Überzeugungen			
Schwach	32	31	44
Mittel	43	43	33
Stark	25	26	23

Lesebeispiel: In Brandenburg sind 17 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder, 13 Prozent der Gewerkschaftssympathisanten und 15 Prozent der übrigen Nicht-Mitglieder sehr stark politisch interessiert.

Tabelle 30: Antidemokratische Einstellungen bei Gewerkschaftsmitgliedern, Gewerkschaftssympathisanten und übrigen Nicht-Mitgliedern in Berlin 2004 (%)			
	Mitglieder	Sympathisanten	Übrige Nicht-Mitglieder
Autoritäre Überzeugungen			
Schwach	41	51	38
Mittel	35	30	33
Stark	24	19	29
Rechtsextreme Einstellungen	9	6	19
Wahlbereitschaft für eine rechtsextreme Partei	3	4	7

Lesebeispiel: In Berlin sind 9 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder, 6 Prozent der Gewerkschaftssympathisanten und 19 Prozent der übrigen Nicht-Mitglieder rechtsextrem eingestellt.

Tabelle 31: Antidemokratische Einstellungen bei Gewerkschaftsmitgliedern, Gewerkschaftssympathisanten und übrigen Nicht-Mitgliedern in Brandenburg 2004 (%)			
	Mitglieder	Sympathisanten	Übrige Nicht-Mitglieder
Autoritäre Überzeugungen			
Schwach	23	26	23
Mittel	38	38	31
Stark	39	36	46
Rechtsextreme Einstellungen	29	26	34
Wahlbereitschaft für eine rechtsextreme Partei	7	8	13

Lesebeispiel: In Brandenburg können sich 7 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder, 8 Prozent der Gewerkschaftssympathisanten und 13 Prozent der übrigen Nicht-Mitglieder vorstellen, bei einer Bundestagswahl oder bei einer Landtagswahl auch einmal die DVU, die NPD oder die Republikaner zu wählen.